

Evangelische Verantwortung

Das protestantische Profil und seine Bedeutung für unsere Gesellschaft

Landesbischof Dr. Ulrich Fischer

Die Zeiten, in denen wir in der evangelischen Kirche ständig über die religiöse Marktsituation lamentieren, die es schwer macht, uns als Protestantismus im gesellschaftlichen Diskurs Gehör zu verschaffen, sollten endgültig vorbei sein. Stattdessen ist es an der Zeit, selbstbewusst danach zu fragen, welche spezifisch



„Evangelisch sein bedeutet vor allem, diesen Wert einer aus der Gottesbindung gewonnenen unbedingten Freiheit in allen weltlichen Bezügen zu wahren.“

evangelischen Erfahrungen es sind, die unser Profil ausmachen und wie wir dieses protestantische Profil in die Gestaltung unserer Gesellschaft einbringen können.

Evangelischer Arbeitskreis der CDU/CSU

Themen:

Editorial	3
Islam und Nationalismus in der Türkei	6
Evangelisches Leserforum	16
EAK empfängt EKD-Synodale	18

1. Jahr 1529 traten Männer vor den Speyerer Reichstag mit den Worten: „... so bedenken wir, dass ... unsere Nothdurft erfordert, wieder ... eurer Lieb, und euer ... Vornehmen öffentlich zu protestieren, als (= wie) wir auch hiermit gegenwärtig thun“. Was gab den Männern die Kraft, solchen Protest öffentlich vorzubringen? Was gab ihnen den Mut, in Wort und Tat ein Zeugnis der inneren Unabhängigkeit von Mächten und Institutionen abzulegen? Es ist wohl nicht übertrieben zu sagen: Die Speyerer Protestation war Ausdruck der neu gewonnen protestantischen Freiheit eines Christenmenschen. Damit ist die reformatorische Urerfahrung benannt, dass nämlich aus der absoluten Bindung an Gott völlige Freiheit gegenüber allen weltlichen Mächten resultiert. Am Anfang des Protestantismus stand diese neue Freiheitserfahrung.

Evangelisch sein bedeutet vor allem, diesen Wert einer aus der Gottesbindung gewonnenen unbedingten Freiheit in allen weltlichen Bezügen zu wahren. Wer spürt heute nicht, wie unentbehrlich die von der Reformation entdeckte Freiheit eines Christenmenschen ist als ein wichtiges Gegenüber und Korrektiv zu wirtschaftlichen Eigengesetzlichkeiten und angesichts nationaler Eigenmächtigkeiten. Man braucht kein Prophet zu sein, um vorauszusagen, dass auch im dritten Jahrtausend „die Botschaft von der christlichen Freiheit, wie sie vor einem halben Jahrtausend in der

Die reformatorische Urerfahrung ist, dass aus der absoluten Bindung an Gott völlige Freiheit gegenüber allen weltlichen Mächten resultiert.

Reformation neu entdeckt wurde, ein unentbehrlicher Beitrag zur Kultur einer freiheitlichen Gesellschaft sein“ wird (Protestantismus und Kultur, S. 68). Sein Freiheitsverständnis hat der Protestantismus als seine Kernkompetenz einzubringen in die Gestaltung Europas.

2. Zugrunde liegt dieser evangelischen Freiheitserfahrung die Gewissheit der **Rechtfertigung des Sünders allein aus Gnaden**, die ich mit den Worten des großen badischen Sohnes Philipp Melanchthon umschreibe. Eines der wichtigsten Worte Melanchthons lautet: „Das heißt Christus erkennen: seine Wohltaten erkennen.“ Wer diesen Satz begreift, dessen Herz gewinnt festen Halt. Wir brauchen Jesus Christus, der für uns eintritt. Wir sind bedrohte Menschen, wir brauchen einen, der nicht aufhört, für uns und für unsere Welt vor Gott einzustehen. Was uns trägt, was uns Boden unter die Füße und ein festes Herz gibt, das sind zuerst und zuletzt die Wohltaten Christi für uns. Wir Menschen verdanken uns nicht uns selbst, sondern der in Jesus Christus Gestalt gewordenen Gnade Gottes. Unser Leben ist mehr als das, was wir aus ihm machen, es ist zu aller erst und zuletzt ein Geschenk des gnädigen Gottes. Dieses zu wissen, macht das Herz fest.

Wo Menschen ein festes Herz gewinnen, strahlt dies aus ins Politische und Gesellschaftliche. Menschen, die im Blick auf die Wohltaten Gottes Gewissheit gewinnen über ihr Leben und Zuversicht über ihren Tod, Menschen, die sich bedingungslos im Leben und im Sterben der Gnade Gottes verdanken, solche Menschen gewinnen ein festes Herz und bekommen starke Hände, um das Leben in aller Freiheit zu gestalten. Solche um ihr Begnadigtsein wissenden Menschen sind innerlich und äußerlich frei. Ihre äußere Freiheit kommt aus der inneren Freiheit des festen Herzens. Es wird der Gesellschaft zum Verhängnis, wenn sich die äußere Freiheit von der inneren Freiheit löst. Und es wird einer Gesellschaft zum Verhängnis, wenn grundsätzlich nie **Gnade vor Recht ergeht**. Gnade vor Recht – das ist die Grundbotschaft der Rechtfertigungslehre. Leben konstituiert sich aus den Wohltaten Gottes und gestaltet sich im dankbaren Antworten auf diese Wohltaten. Diese reformatorische Erfahrung stiftet innere und äußere Freiheit, ohne die ein Gemeinwesen nicht gedeihen, ohne die auch das Zusammenleben in Europa nicht gelingen kann.

3. Evangelischer Glaube verdankt sich einer Erfahrung der besonderen Art, nämlich der allein auf die Gnade Gottes gegründeten Gewissheit der Begnadigung des Sünders. Weil protestantische Frömmigkeit darum weiß, dass diese Glaubensgewissheit von jedem Menschen je individuell angeeignet wird, weil protestantische Frömmigkeit also darum weiß, dass es die Wahrheit, die Jesus Christus ist, immer nur in der Form der je angeeigneten subjektiven Glaubensgewissheit gibt, ist evangelische Frömmigkeit nicht nur per se vielgestaltig, sondern zugleich auch in hohem Maße pluralismusfähig.

Nach evangelischem Selbstverständnis kann es Kirche und christlichen Glauben nicht anders geben als in pluraler Gestalt. Die Kirchen sind zu verstehen als Spielarten und Dialekte des Glaubens, die sich in ihren Traditionen entwickelt haben. Die prinzipielle Vielfalt der Konfessionen bedeutet keineswegs das Eingeständnis einer Beliebigkeit bei der Suche nach der Wahrheit, sie bedeutet aber einen Verzicht auf die unmittelbare und irrtumsfreie Greifbarkeit von Wahrheit. „Die Wahrheit ist symphonisch“ (Hans Urs von Balthasar). Wahrheit wird im symphonischen Dialog gefunden, indem sich die Begabungen und Schwächen der Kirchen aneinander reiben und dadurch einander bereichern. Somit ist die Verschiedenheit selbst ein Instrument der Wahrheitsfindung.

Diese **Grunderkenntnis von der Vielstimmigkeit des Glaubens** motiviert den Protestantismus in besonderer Weise, für versöhnte Verschiedenheit zwischen den Konfessionen, aber auch im menschlichen Miteinander einzutreten, also für versöhnte Verschiedenheit von Völkern und Nationen, Kulturen und Konfessionen. Darin liegt gerade die Stärke des evangelischen Pluralismus, dass er aufzeigt, wie die aus Gnade gewonnene Glaubensgewissheit geradezu nötigt, einen offenen ökumenischen und demokratischen Diskurs zu führen. Evangelisch leben bedeutet immer auch dialogfähig wirken. In einer multireligiösen und multikulturellen Gesellschaft ist anderen das Wort Gottes zu bezeugen, aber auch aufmerksam auf andere Meinungen und Überzeugungen zu hören, denn auch in den Meinungen und Überzeugung anderer tritt immer Wahrheit entgegen. Aus seiner pluralen Grundstruktur heraus entwickelt der Protestantismus eine besondere Sensibilität für Gefährdungen der Gewissens- und Religionsfreiheit. Aus der eigenen Glaubensgewissheit, die sich einem Akt der Freiheit

Darin liegt gerade die Stärke des evangelischen Pluralismus, dass er aufzeigt, wie die aus Gnade gewonnene Glaubensgewissheit geradezu nötigt, einen offenen ökumenischen und demokratischen Diskurs zu führen.

Liebe Leserin, lieber Leser,

am 22. November ist unsere Parteivorsitzende **Dr. Angela Merkel** zur ersten **Bundeskanzlerin** in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland gewählt worden.

Nach den langen und schwierigen Wochen der Regierungsbildung gilt es nun, mit vereinten Kräften, Deutschland wieder auf einen guten Weg zu bringen. Angesichts der enormen wirtschaftlichen und sozialen Probleme unseres Landes hat die Große Koalition die nicht einfache Aufgabe, die wichtigen und lange aufgeschobenen Reformvorhaben zügig und mit Augenmaß umzusetzen. In dem Maße, wie dies in der nächsten Zeit überzeugend gelingt, wird auch das Vertrauen der Bevölkerung in die Politik insgesamt zurück gewonnen werden können.

Die Menschen müssen wieder spüren, dass sie selbst es sind, die im Mittelpunkt aller politischen Bemühungen stehen. Sie werden nur dann die zum Teil sicherlich entbehrungsreichen Wege mitgehen, wenn auch zur Genüge deutlich wird, dass wir ein gemeinsames Ziel vor Augen haben. Dieses Ziel lautet, Deutschland wieder nach vorne zu bringen und in eine wirtschaftlich wie sozial sichere Zukunft zu bringen. Was jetzt Not tut, sind darum zu allererst Taten: Die Fortsetzung einer Politik der bloßen Ankündigungen und der nicht eingelösten Versprechungen wäre für das Gesamtklima in Deutschland verhängnisvoll.

Bundeskanzlerin Merkel hat in ihrer Regierungserklärung vom 30. November zu Recht deutlich gemacht, dass unsere neue Regierung aus SPD und CDU/CSU sich nicht zuletzt auch deshalb viel vorgenommen hat, „weil wir sicher sind, dass vieles möglich ist und weil wir auch wissen, dass viele Menschen vieles erwarten“. Und sie hat ihre Rede mit den ermutigenden und hoffnungsvollen Sätzen beendet: „Fragen wir deshalb nicht zuerst, was nicht geht oder was schon immer so war; fragen wir zuerst, was geht, und suchen wir nach dem, was noch nie so gemacht wurde. Haben wir den Mut, das dann aber auch wirklich durchzusetzen! Überraschen wir uns also damit, was möglich ist (...), Deutschland kann es schaffen.“ Dies ist der richtige Geist für eine erfolgreiche Politik der Zukunft.

Angela Merkel hat die Intelligenz, den Mut und die Durchsetzungsstärke, um unser Land in schwierigem Umfeld nach vorne zu bringen. Für ihre nicht einfachen zukünftigen Aufgaben wünsche ich unserer ehemaligen EAK-Bundes-

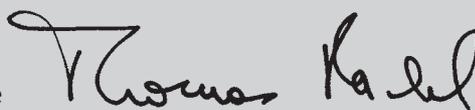
vorsitzenden im Namen aller Protestantinnen und Protestanten der Union von Herzen alles Gute und Gottes Segen. Ich freue mich besonders, dass eine profilierte evangelische Christin nun die Geschicke unseres Landes prägen wird. Wir alle wollen daran mitarbeiten, dass die Große Koalition Erfolg hat. Dies ist wichtig für unser Land und seine politische Stabilität.

Nach einem politisch besonders aufregenden und ereignisreichen Jahr wollen wir nun aber nicht verabsäumen, unsere Herzen und Sinne in dieser Advents- und Weihnachtszeit wieder auf das zu richten, was uns wirklich trägt.

Die Zeit, die uns Gott in diesen Tagen und Wochen schenkt, sollten wir in unseren Familien und im Kreise unserer Lieben dazu nutzen, neue Kräfte zu schöpfen. Im Hören auf sein Wort, in den Gebeten und den Liedern möge uns dieses Weihnachtsfest erneut inspirieren und stärken, damit wir – getröstet, ermutigt und uns getragen wissend – miteinander in ein neues Jahr gehen können.

Ein gesegnetes Weihnachtsfest und ein gutes neues Jahr 2006 wünscht Ihnen allen von Herzen

Ihr



Thomas Rachel MdB
(Bundevorsitzender des EAK der CDU/CSU)



„Ich freue mich besonders, dass eine profilierte evangelische Christin nun die Geschicke unseres Landes prägen wird.“

verdankt, ergibt sich die Forderung, dass überall das befreiende Wort Gottes frei verkündigt und gelebt werden darf. Die reformatorische Sicht des Glaubens hat letztlich den Weg freigebracht für das Nebeneinander autonomer Kirchen und souveräner Staaten. So muss der Protestantismus sich in ganz besonderer Weise für Gesellschaftsordnungen einsetzen, in denen die Toleranz ihren gesicherten Platz hat. Mit ihrer Pluralismusfähigkeit können die evangelischen Kirchen als Instrumente für Freiheit, Demokratie und Föderalismus im zusammenwachsenden Europa wirken.

4. Untrennbar verbunden mit der reformatorischen Freiheitserfahrung und Glaubensgewissheit ist eine spezifische **Sicht des Menschen**. Dem Bild vom Menschen als dem autonomen Macher, der sein Leben selbst entwirft, hat der Protestantismus das Bild vom Menschen entgegengesetzt, der sein Lebensrecht einzig und allein der unverdienten Gnade Gottes verdankt. So denkt evangelischer Glaube von den Schwachen und nicht von den Starken her. Das macht seinen Impetus zur Betonung des Gebotes der Achtung der Menschenwürde aus. Evangelisches Denken weiß um die Heiligkeit des Antlitzes eines jeden von Gott geschaffenen und geliebten Menschen, weiß um die Menschenwürde, die jedem Menschen zukommt, sei er noch so schwach, unfertig und zerbrechlich. Deshalb muss protestantische Ethik bei der Gestaltung des gesellschaftlichen Miteinanders den Schutz von Minderheiten ebenso einfordern wie Solidarität mit jenen üben, die in dieser Gesellschaft unter die Räder zu kommen drohen. Deshalb muss evangelische Ethik gegen jede religiöse, ethnische, sexistische oder ökonomische Diskriminierung eintreten in einer Gesellschaft, die sich oft weniger an Gütern als an Waren zu orientieren scheint. Und sie muss

eintreten für Gestaltungsräume des Menschlichen, die den Menschen nicht auf Kostenfaktoren reduziert.

Mit der Fokussierung auf dieses Menschenbild hat der Protestantismus höchst Aktuelles zu gesellschaftlichen Debatten beizutragen. In unserer Gesellschaft ist nämlich ein neues Interesse an der Anthropologie erwacht. Die sich mit dem Menschen beschäftigenden Wissenschaften sind heute auf dem besten Wege, im allgemeinen Bewusstsein den Platz einzunehmen, den in früheren Jahrhunderten die Metaphysik innehatte. Die Welt ist kein Zuhause mehr für den Menschen, sondern nur noch Material für seine umgestaltende Tätigkeit. Dies wird heute in vielen Bereichen unserer Gesellschaft sichtbar: Der sich abzeichnende Wandel des Sozialstaates, die Chancen und Gefährdungen globalisierten Wirtschaftens, völlig neue Fragestellungen in den Lebenswissenschaften, bisher ungeahnte Herausforderungen an menschlich verantwortliches Tun und Lassen, zum Beispiel im Bereich der Friedensethik, die durch die PISA-Studie neu aufgebrochene Frage nach unserem Verständnis von Bildung oder auch das Ende des Säkularen und die Re-Sakralisierung des Lebens – all diese Phänomene und Entwicklungen verdichten sich in der Frage nach dem unsere Gesellschaft prägenden und tragenden Menschenbild.

Um des Menschen willen müssen die evangelischen Kirchen das auf die Bibel gegründete Menschenbild in den Diskurs der Gesellschaft einbringen. Es ist ein Bild, das den Menschen eben gerade nicht auf spezifische Fähigkeiten und Rollen reduziert, sondern das auch um die Begrenztheit und Gefährdung des Menschen weiß. An der Bibel orientiert vom Menschen reden heißt, von den großen Möglichkeiten

Um des Menschen willen müssen die evangelischen Kirchen das auf die Bibel gegründete Menschenbild in den Diskurs der Gesellschaft einbringen.



Evangelischer Arbeitskreis der CDU/CSU

Seit Dezember 2004 haben insgesamt 443 Leserinnen und Leser 24.412,28 Euro für die Evangelische Verantwortung gespendet. Wir möchten uns herzlich bei Ihnen für diese Unterstützung bedanken.

Unterstützen Sie die Arbeit des EAK der CDU/CSU:

Commerzbank Berlin, BLZ 100 400 00, Konto-Nr.: 266 098-300

Informieren Sie sich über die Arbeit des EAK: www.eak-cducsu.de

des Menschen zu sprechen, von seiner ihm von Gott verliehenen Gestaltungskraft ebenso wie von den grausamen Abgründen menschlicher Verlorenheit. Der Mensch ist ein höchst ambivalentes Wesen – voll ungeahnter Möglichkeiten, segensreich zu wirken, und zugleich bereit, schlimmste Abgründe des Bösen zu durchschreiten. Dieser ambivalente Mensch ist mit einer Würde ausgezeichnet, die nichts und niemand ihm nehmen kann.

Was dies konkret bedeutet, will ich kurz verdeutlichen an medizin- und bioethischen Fragestellungen: Die menschliche Würde ist in der ganzen Spanne menschlichen Lebens zu schützen, vom Anfang bis zum Ende. Natürlich ist eine medizinische Forschung zu bejahen, die der Minderung unnötigen Leidens und der Vermeidung von Behinderungen, der Suche nach neuen Heilungsmöglichkeiten und der Verbesserung menschlicher Lebensqualität dient. Aber die Grenzen der Forschung sind dort überschritten, wo Menschen bloß als Mittel für die Heilungschancen anderer gebraucht werden. Jedes „Ethos des Heilens“ muss um seine Grenzen wissen, um menschlich zu bleiben. Auch darf die Würde und das Lebensrecht eines Menschen durch keine Behinderung in Frage gestellt werden. Jeder Schritt in Richtung auf eugenische Selektion ist zu unterbinden. Die moralische Qualität einer Gesellschaft bemisst sich besonders daran, wie sie mit ihren kranken und behinderten Mitgliedern umgeht. Wir müssen angesichts eines in Europa immer weiter um sich greifenden Machbarkeitswahns die Einsicht wach halten, dass Krankheit und Behinderung, Sterblichkeit und Tod zum Menschen gehören. Der Mensch ist und bleibt ein begrenztes und gerade in seiner Begrenztheit von Gott geliebtes Wesen.

5. Als fünfte und letzte protestantische Erfahrung ist die Wiederentdeckung des **Priestertums aller Glaubenden** zu nennen. Sie geht weit über eine ekklesiologische Grundbestimmung hinaus, vielmehr wurde sie grundlegend für die protestantische Weltverantwortung. Ist allen Christenmenschen in der Taufe durch Gott priesterliche Würde zugesprochen, so haben alle Christenmenschen ihren Gottesdienst im Alltag der Welt zu gestalten. Dann gibt es keinen Bereich mehr, der sich evangelischer Einmischung grundsätzlich entziehen könnte. Evangelisch sein heißt: Sich einmischen in die scheinbar inneren Angelegenheiten der Welt. In Kirche und Gesellschaft tragen

alle Christenmenschen Verantwortung und nicht eine einzelne Person oder einige wenige. In einem badischen Gemeindebrief fand ich dies sehr schön: „Europa braucht nicht getauft zu werden, aber es braucht den Einsatz der Getauften.“ Europa braucht also Männer und Frauen, die bereit sind, aus ihrer in der Taufe erworbenen Priesterschaft Konsequenzen zu ziehen für die Gestaltung des Gottesdienstes in allen Bereichen des Lebens – in ihrem Beruf, in Familie und Freundeskreis, in Kirche und Gesellschaft, in der Pfalz und in Baden, in Deutschland und im zusammenwachsenden Europa.

Grundlage solcher Zuwendung zur Welt ist es, dass der Protestantismus – gemeinsam mit der philosophischen Aufklärung – in seiner Geschichte ein Ja zur säkularen Welt gefunden hat. Im neuzeitlichen Protestantismus haben sich Glaube und Vernunft miteinander versöhnt: „Der Christusglaube treibt die Vernunft und die Vernunft gewährt dem Glauben kritisches Geleit“ (Peter Beier). So konnte der Protestantismus sein Ja zur Säkularisierung finden. Die weltliche Behauptung der Unverletzlichkeit der Würde der Person, die weltliche Selbstverpflichtung zum Schutz des Menschenlebens, die allgemeine Schulpflicht und andere Errungenschaften des Rechtsstaates sind säkularisierte Schätze der Kirche. Die Entkirchlichung, die sich in Gestalt kultureller Säkularisierung vollzog, bedeutet keineswegs notwendig Entchristlichung. Der recht verstandenen Weltlichkeit der Welt kommen eigenes Recht und eigene Würde zu. Das bedeutet zugleich, dass der Protestantismus ein sehr waches Gespür für eine drohende Absolutsetzung der säkularen Welt bewahrt hat. Deshalb genau muss der Protestantismus im europäischen Einigungsprozess einer durchgreifenden Ökonomisierung widersprechen und die Marktwirtschaft sozial und ökologisch in die Pflicht nehmen. Er muss eintreten für einen Lebensstil, der ökonomische Interessen den ökologischen Erfordernissen unterordnet. Er muss protestieren, wenn sich Europa als schwimmende Festung abkapselt, um überkommene Privilegien zu verteidigen, statt seiner sozialen Verantwortung weltweit nachzukommen. Gerade weil der Protestantismus ein Ja zur säkularen Welt gefunden hat, darf er diese Welt nicht sich selbst und ihren scheinbaren Gesetzmäßigkeiten überlassen.

Gerade weil der Protestantismus ein Ja zur säkularen Welt gefunden hat, darf er diese Welt nicht sich selbst und ihren scheinbaren Gesetzmäßigkeiten überlassen.

Dr. Ulrich Fischer ist Bischof der Evangelischen Landeskirche in Baden.



Islam und Nationalismus in der Türkei

Dr. Rainer Glagow

Die Türkei vor den Toren Europas

Sicherheitspolitische und ökonomische Gründe scheinen für einen Beitritt der

Türkischen Republik zur Europäischen Union (EU) zu sprechen. Dabei muss aber berücksichtigt werden, dass die Türkei als NATO-Mitgliedsstaat bereits seit Jahrzehnten fest in die atlantische Bündnisstruktur des Westens integriert ist. Im wirtschaftlichen Bereich weist die Türkei zwar ein kräftiges Wachstum auf und ist deswegen für die Exportwirtschaft interessant, aber noch auf lange Zeit hin werden die Beziehungen zur Türkei von den Bedingungen bestimmt sein, wie sie zwischen hochentwickelten Industriestaaten und Entwicklungs- bzw. Schwellenländern herrschen. Um die Türkei auf das wirtschaftlich-soziale Niveau der EU zu heben, sind mehrere Jahrzehnte (bis zu 60 Jahre) lang jährliche finanzielle Transferleistungen um die 25 Mrd. € erforderlich. Tatsache ist, dass gerade im Zeichen der Globalisierung Wirtschafts- und Handelsbeziehungen zwischen den Staaten funktionieren, ohne dass die Partner Mitglieder einer überstaatlichen Gemeinschaft sein müssen. Der energische Wunsch der USA, die Türkei fest an Europa zu binden, folgt Kalkülen, die nicht alle mit den europäischen Interessen identisch sind. Natürlich würden es die Amerikaner begrüßen, wenn die Grenzen der geostrategisch wichtigen und rohstoffreichen Nah- und Mitteloststaaten unmittelbar an Europa heranrückten. Die EU sollte es sich jedoch reiflich überlegen, in nächste geographische Nachbarschaft zur gefährlichsten Krisenregion der Welt, dem Nahen und Mittleren Osten, zu geraten. Europa würde dadurch noch hautnah in Konflikte verwickelt werden, deren Ursachen und Konsequenzen kaum zu beseitigen sind und die in Zukunft eher noch zunehmen werden. Nur allzu leicht könnte Europa zum Erfüllungshelfen nahöstlicher, kaukasischer und zentralasiatischer Interessen des türkischen Nationalismus herabsinken.

Weitere rationale Gründe für die gebotene Vorsicht, einen asiatisch-islamischen Großstaat, der durch seine hohen demographischen Wachs-

tumsraten in absehbarer Zeit mehr als 90 Mio. Einwohner haben wird, in die bei weitem nicht krisenfesteste EU aufzunehmen, ergeben sich auch auf dem Hintergrund der Etablierung wachsender türkischer Auslandskolonien im Herzen Europas. Die Eigendynamik dieser spezifischen ethnisch-religiösen Expansion, die sich vor allem aus den sozialen Unterschichten der Türkei rekrutiert, dürfte die Integration in westliche Gesellschaften erschweren bzw. unmöglich machen. Die stark ausgeprägte türkische Identität wird nach Europa verpflanzt und zu einem innenpolitischen Problem der Einwanderungsländer. Dies erklärt geradezu beispielhaft, weshalb die rot-grüne Regierung sich so vehement an die Spitze der europäischen Türkeibefürworter gesetzt hat. Das Potential türkischstämmiger Wahlberechtigter in Deutschland nimmt von Jahr zu Jahr zu und wird für Parteien, die der Multi-Kulti-Ideologie huldigen, zu einer großen Verlockung. Bundeskanzler Schröder besuchte im Bundestagswahlkampf 2005 demonstrativ die Redaktion der Zeitung Hürriyet und ließ sich als „Freund“ feiern. Die Tatsache, dass diese Zeitung die Menschenrechtlerinnen Ates, Kelek und Cileli, die mutig gegen die Unterdrückung der Frau in der türkischen Gesellschaft und gegen „Ehrenmorde“ kämpfen, mit einer Schmähkampagne überzogen hat, hinderte den „Kanzler von Kreuzberg“ (Hürriyet) nicht, sich wahlkampfwirksam anzubiedern.¹ 80% der wahlberechtigten Türkiendeutschen geben ihre Stimme den linken und grünen Parteien.

Es ist typisch für die Bewusstseinslage deutscher und europäischer Entscheidungsträger in Politik, Wirtschaft und Gesellschaft, dass bei der Diskussion über das Für und Wider von EU-Beitrittsverhandlungen mit dem asiatisch-islamischen Großstaat Türkei die religiöse, historische, geistesgeschichtliche und kulturelle Dimension so gut wie keine Rolle spielt. Aus Furcht, der politischen Unkorrektheit und der „Islamphobie“ geziehen zu werden, vermeiden es die meisten Meinungsführer und Politiker, tiefgreifende kulturelle Unterschiede zu berücksichtigen. Und dennoch formen gerade Bewusstsein, Mentalität, Tradition, Geschichte, Religion und nationale Identität das Verhalten und die Aktivitäten der Menschen. Es muss danach gefragt werden, ob die islamisch-kulturelle Prägung der Menschen in der Türkei mit den Grundprinzipien Europas vereinbart werden kann. Entgegen dem als willkommenes Alibi dienenden Argument, die Globalisierung werde eine Nivellierung nationaler und kultureller Identitäten mit sich bringen, ist dies eine sehr entscheidende Frage. Man beobachtet nämlich gera-

„Es muss danach gefragt werden, ob die islamisch-kulturelle Prägung der Menschen in der Türkei mit den Grundprinzipien Europas vereinbart werden kann.“

de unter den Vorzeichen der Modernisierung, Internationalisierung und Interdependenz der sozio-ökonomischen und politischen Bereiche, dass die Tendenz zur Stärkung traditioneller Werte und Ordnungen zunimmt -am wenigsten zwar in Deutschland und in Europa, aber immer stärker in der islamischen Welt. Die Türkei dürfte bei dieser Entwicklung mit Sicherheit keine Ausnahme sein.

Kultur und Zivilisation

Seit über hundert Jahren definieren die Reformer den Türken als „Mitglied der türkischen Nation, der muselmanischen Völkerfamilie und der europäischen Zivilisation“².

Es heißt richtig „Zivilisation“ und nicht „Kultur“. Unter „europäischer Zivilisation“ versteht die Politelite der Türkei in erster Linie Modernisierung, d. h. die Aneignung zeitgerechter Staats- und Wirtschaftsfunktionen, organisatorischer Effizienz und technologischen Fortschritts.

Die Religion gehört nicht notwendigerweise zu den Elementen einer „Zivilisation“. Kultur ist jedoch ohne Religion undenkbar. Kardinal Joseph Ratzinger, der neue Papst Benedikt XVI., fragte zu Recht: „Ist die siegreich über die Welt ausgebreitete Zivilisation der Technik und des Kommerzes die europäische Kultur?“ Im gleichen Zusammenhang beklagte er das „innere Absterben der tragenden seelischen Kräfte“ Europas.³

Benedikt XVI. meint eine Entwicklung, die bereits Oswald Spengler in seinem Buch „Der Untergang des Abendlandes“ vorausgesehen hat: Die große Kultur des sich mühenden, strebenden, schöpferischen Abendlandes, die „faustische Kultur“, habe ihre letzte Entwicklungsphase erreicht und sich in eine bloße Zivilisation verwandelt, die sich in großen urbanen Zentren, in Megastädten, realisiere.

Ein gläubiger Muslim wie der türkische Ministerpräsident Recep Tayyip Erdogan dürfte erkannt haben, dass eine EU, die nur noch die Merkmale einer Zivilisation aufweist, die islamische Kultur nicht berühren kann. In diesem Sinn lehnt er ganz bewusst ein Europa ab, das sich als „Christenclub“, d. h. als christliches Abendland oder als christlich fundierte Kultur, definiert. Indem er dermaßen despektierlich, beinahe beleidigend, von einem „Christenclub“ spricht, schmätzt er nichts Geringeres als die europäische Kultur. Er will Europa auf eine Zivilisation beschränken, deren Dienste und Errungenschaften für die Türkei

nutzbar gemacht werden sollen. Die europäische Kultur aber, das Erbe des christlichen Abendlandes, wird zurückgewiesen. Auf diese Weise gerät der EU-Beitrittswunsch nicht in Widerspruch zum islamischen Bekenntnis der gegenwärtigen türkischen Regierungspartei AKP. Dies ist vom türkischen Standpunkt aus konsequent. Nur die europäischen Politiker merken es nicht.

Zu den Unterschieden im islamischen und christlichen Denken

Die Geschichte der Türkei wurde über tausend Jahre lang von imperialer Dominanz über andere Völker der islamischen Welt (und auch über Teile Südosteuropas) geprägt. In der türkischen Reichsdoktrin spielten die Verteidigung und die konsequente Ausbreitung des Islam eine entscheidende und motivierende Rolle. Das Osmanische Reich übernahm im 16. Jh. Amt und Würde des universalen islamisch-sunnitischen Kalifats.⁴ „Der Islam wurde zum Instrument türkischer Dominanz.“⁵

In diesem Zusammenhang ist zu fragen, welche Wirkungen die Religion des Islam auf das Bewusstsein der Gläubigen sowie auf Staat, Recht und Gesellschaft in der islamischen Welt ausübt. Dieser Frage kann sich auch die heutige Türkei nicht entziehen. Obwohl sie offiziell die Trennung von Staat und Religion vollzogen hat, befindet sie sich gegenwärtig ganz offensichtlich wieder in einer Phase der religiösen Wiedererstarkung. Entgegen der heute dominierenden Tendenz, prinzipielle Unterschiede zwischen den Religionen zugunsten einer aus ideologischen Gründen herbeigewünschten interreligiösen Scheinharmonie zu verleugnen, muss festgestellt werden, dass das Gottes-, Welt- und Menschenbild des Islam sich ganz wesentlich vom abendländisch-christlichen Verständnis des göttlichen Wirkens, der Würde des Menschen und des menschlichen Handelns unterscheidet. Hier ist der eigentliche Grund für die unterschiedliche Entwicklung von Orient und Okzident in Geschichte, Gegenwart und wohl auch in Zukunft zu suchen. Leider wird der Antagonismus zwischen christlichem und islamischem Denken im Zeichen modernistischer Verflachung und kulturrevolutionärer Beliebigkeit nicht mehr gesehen oder sogar bewusst geleugnet.

Wenn man über einen EU-Beitritt der islamischen Türkei oder über die Integrationschancen von Muslimen in westliche Gesellschaften urteilen will, sollte man die geistigen Dimensionen von Islam und Christentum kennen. Man darf

Leider wird der Antagonismus zwischen christlichem und islamischem Denken im Zeichen modernistischer Verflachung und kulturrevolutionärer Beliebigkeit nicht mehr gesehen oder sogar bewusst geleugnet.

sich hinsichtlich der überragenden Wichtigkeit dieser Frage keinen Illusionen oder Wunschvorstellungen hingeben. Die spezifisch islamischen Werte, Prinzipien und Forderungen werden in Moscheen, Koranschulen, theologischen Fakultäten, im islamischen Religionsunterricht, in Kulturvereinen, religiösen Bruderschaften und religiös-politischen Organisationen im Orient wie in Europa, oftmals im orthodoxen Sinn, gelehrt, bekräftigt und weitervermittelt. Dies ist im spirituellen Sinn von Religion legitim, im politischen Sinn von religiöser Ideologie aber gefährlich.

Im Folgenden können nur einige wenige, aber wesentliche Grundlagen des Islam genannt werden. Diese sind trotz mancher Reformversuche in den letzten zweihundert Jahren nicht aufgegeben oder verändert worden und prägen nach wie vor das Bewusstsein und die Überzeugungen der Muslime.

Der Islam steht als rigide Gesetzesreligion in krassem Gegensatz zum Christentum, das eine Gewissensreligion ist.

1. Nach koranischer Lehre besitzt der Mensch nur eine sehr eingeschränkte Autonomie des Willens und des Handelns. Der menschliche Verstand dient hauptsächlich dazu, die Gehorsamspflicht gegenüber Allah zu erkennen und sich ohne wenn und aber seinem Gesetz, das alle Lebensumstände des Menschen regelt, zu unterwerfen.
 2. Während im Christentum Gottes Reich nicht von dieser Welt ist, sind die Muslime aufgefordert, Allahs Ordnung in dieser Welt durchzusetzen. Deshalb muss der Islam weltweit ausgebreitet werden.
 3. Dem göttlichen Auftrag „Macht euch die Erde untertan“ des Christentums wird im Islam die Verheißung, Allah habe den Muslimen die Erde untertan gemacht, entgegengesetzt.
 4. Allah hat im Koran das gesamte für den Menschen bestimmte Wissen offenbart. Der menschlichen Vernunft, Verstandeskraft und Erfindungsgabe kommt keine welt- und gesellschaftsgestaltende Kompetenz zu. Der Mensch darf das durch den Koran vermittelte Wissen nicht durch Verstand und Vernunft verändern oder nach dem „Warum“ fragen.
 5. Der Koran vermittelt ein dreistufiges Menschenbild. „Allein der Muslim ist ein vollgültiger Mensch, der nichtmuslimische ‚Schriftbesitzer‘ ein Mensch zweiter Klasse, und der Polytheist ein Un-Mensch (,die übelsten Tiere vor Gott‘, Koran 8,22)“⁶.
 6. Der Islam lehrt die niemals endende Schöpfungstätigkeit Allahs, die eine autonome Handlungsfreiheit der Gesellschaft oder des Individuums nicht zulässt. Vorausschauende Zukunftsplanung des Menschen widerspricht im Grund der islamischen Heilsbotschaft und Glaubensgewissheit.
 7. Das unveränderliche islamische Gesetz, die Schari’a, umfasst sämtliche religiösen und weltlichen Angelegenheiten und bewertet alle Handlungen des Menschen nach festgelegten Kategorien.
 8. Da der Koran im Gegensatz zur Bibel als das unerschaffene Wort Gottes gilt, ist er für alle Zeiten gültig und unabänderlich. Eine „Historisierung“ zumindest der rechtlichen Vorschriften des Korans wird daher abgelehnt.
 9. Der Muslim erfährt Glaubenspraxis und Heilsgewissheit seiner Religion nur als integriertes Mitglied der Umma (islamische Gemeinschaft), die im gemeinsamen Ritenvollzug und in der Beachtung des Gesetzes (Schari’a) ihre Erfüllung findet. Im Islam hat das Kollektiv absoluten Vorrang vor dem Individuum.
 10. Der islamische Begriff von Freiheit ist an das Sein und Wesen des Menschen als Muslim gebunden. Der Muslim unterwirft sich voll und ganz Allah und seinem Gesetz (das aus dem Koran und aus der Sunna, d. h. der verbindlichen Richtlinienkompetenz des Propheten, abgeleitet wird).
 11. Der Staat hat nach islamischem Verständnis keine eigenen legislativen Kompetenzen. „Unter dem Blickwinkel der koranischen Heilsbotschaft ist jede Form von Herrschaft, die eine Gesetzgebungskompetenz beansprucht, eine ‚Despotie‘“⁷. Für den gläubigen Muslim kann folglich die westliche säkulare Demokratie als ein antiislamisches Prinzip und ein von der Religion verbotenes Übel erscheinen.
- Diese grundlegenden Elemente des islamischen Denkens widersprechen in ihrem Kern den Anschauungen der vom Christentum geprägten europäischen Kultur. Der Islam gebietet, alle irdischen Mächtigkeiten, d. h. Staat, Politik, Gesellschaft, Recht, Kultur, Wissenschaft, Bildung usw. der Allmacht Allahs zu unterwerfen. Nur so erlangt der Gläubige Teilhabe an der Welt.
- Der Islam steht als rigide Gesetzesreligion in krassem Gegensatz zum Christentum, das eine

Gewissensreligion ist. Die Eigenverantwortung des Menschen vor Gott hat die geistigen Kräfte freigesetzt, die das Abendland geprägt haben. Die Gesetzesreligion hat den Orient in Rückständigkeit und geistige Stagnation geführt.

Islam und türkische Identität

Mehr als tausend Jahre lang hat der Islam das Leben des türkischen Volks geprägt. Es erhebt sich die Frage, ob die Reformen, die staatlich befohlenen Maßnahmen und die verordnete Europäisierung während der letzten Jahrzehnte den Islam so sehr verändert haben, dass er auf einige wesentliche Grundlagen seiner Lehre verzichten kann. Dazu gehört u. a. die Akzeptanz der Säkularisierung von Staat, Recht und Gesellschaft, die Ungültigkeit der Schari'a (islamisches Recht) und der Verzicht auf Dominanz im öffentlichen Leben.⁸

Kann der Islam überhaupt von seinem Bestreben, Religion, Staat, Gesellschaft und Recht umfassend zu gestalten, abweichen? Kann man das Menschen-, Welt- und Gottesbild einer Religion umfassend ändern?

Niemand wird bestreiten, dass es die Reformer in der Türkei versucht haben und weiter versuchen. Die Reformer sind aber in der Mehrzahl keine gläubigen Muslime im traditionellen Sinn, sondern gehören zu den so genannten „Kulturmuslimen“. Zwischen ihnen und den Hodschas, Imamen und gläubigen Muslimen bestehen große mentale Unterschiede fort. Schon Mustafa Kemal Atatürk (1881–1938) hatte erkannt, dass die historische Stagnation bzw. die Unterentwicklung der islamischen Kultur das Ergebnis ihrer eigengesetzlichen und systemimmanenten Bedingungen war, so dass er drastisch sagen zu müssen glaubte: „Islam, diese absurde Theologie eines unmoralischen Beduinen, ist eine verwesende Leiche, die unser Leben vergiftet...“⁹

Aber war es möglich, eine Religion und Kultur durch eine nachgeahmte laizistische Verfassung und autoritäre Befehle abzuschaffen? Konnten die Bajonette der Armee auf Dauer islamische Politiker von der Macht fernhalten, die wie Recep Tayyip Erdogan den Bajonetten eine ganz andere Bedeutung zuerkennen: „Unsere Moscheen sind die Kasernen und die Minarette sind unsere Bajonette.“¹⁰

Können sich Freiheit, Demokratie und Pluralismus im westlichen Sinn in einer Kultur entfalten, in der diese Werte seit jeher Fremdkörper gewesen sind?

Die türkische Identität setzt sich aus drei Komponenten zusammen: Ethnisches Bewusstsein, (völkischer) Nationalismus und sunnitischer Islam. Durch das anders gestaltete Verhältnis von Nationalismus und Religion unterscheidet sich die Türkei von den arabischen Staaten. Dort bekämpft der Islam den jeweiligen (nur schwach ausgeprägten) Nationalismus. Der starke türkische Nationalismus hingegen instrumentalisiert den Islam, ja er nationalisiert den Islam. Einerseits bedient er sich der Religion als Mittel der Bestätigung und Stärkung, andererseits ist er aber auch bereit, im Zug einer der nationalen Machtstärkung dienenden Modernisierung und „Revolution von oben“ dem Islam Schranken zu setzen und dessen politische und rechtliche Ansprüche zurückzuweisen. Mustafa Kemal Atatürk ließ die offizielle Geschichtsdeutung verbreiten, man müsse das Osmanische Reich lediglich als eine unter mehreren Epochen der türkischen Geschichte betrachten und in seiner Bedeutung relativieren. Da es lange vor der Islamisierung eine „urtürkische Geschichte“ gegeben habe, müsse man an diese wieder anknüpfen. Nationalismus und Pan-Turkismus wurden zu beherrschenden Elementen der von oben verordneten Identität der modernen Türkei.¹¹

Seit dem 19. Jh. sind türkische Reformpolitiker und islamische Gegenkräfte immer wieder in Gegensatz zueinander geraten. Die islamische Seite bekämpfte von Beginn an die säkularen Reformen als Folge einer Einmischung des christlichen Europa. Aus dieser Sicht war z. B. die Emanzipation der nichtmuslimischen Bevölkerungsteile des Osmanischen Reiches deswegen diskreditiert, weil sie von den europäischen Mächten erzwungen wurde. Letzten Endes gelang die Entmachtung des Islam nur durch diktatorische Zwangsmaßnahmen und Gewaltandrohung. Die türkische Armee musste zur Wächterin über das laizistische Vermächtnis Atatürks bestellt werden und sollte die politische Wiedererstarkung des Islam verhindern. Das türkische städtische Bürgertum wurde zur Stütze der Reformen.

Breite Volksmassen waren jedoch nach wie vor tief religiös geprägt und wurden nicht von Reformeifer erfasst. In den letzten Jahrzehnten des 20. Jh. musste der türkische Nationalismus zu einer staatlich kontrollierten und gelenkten Wiederbelebung des Islam schreiten. Das historische Bündnis zwischen nationalem Türkentum und politischem Islam trat in Gestalt der neu entstandenen religiös-politischen Parteien (zuerst

Es erhebt sich die Frage, ob die Reformen, die staatlich befohlenen Maßnahmen und die verordnete Europäisierung während der letzten Jahrzehnte den Islam so sehr verändert haben, dass er auf einige wesentliche Grundlagen seiner Lehre verzichten kann.

die „Wohlfahrtspartei“ RP, dann die heute regierende „Partei für Gerechtigkeit und Entwicklung“ (AKP), erneut in Funktion. Die AKP achtet darauf, sich als konservative demokratische Partei zu präsentieren und Vertreter der nichtreligiösen demokratischen Rechten in ihre Dienste zu nehmen. Ganz bewusst sucht die islamische Seite das Bündnis mit Konservativen, die früher von der „Mutterlandspartei“ des islamisch gesonnenen Nationalisten Turgut Özal repräsentiert wurden. Die AKP lässt im Gespräch mit westlichen Parteien anklingen, sie sei eine Art „islamischer CDU/CSU“. Dabei wird unerwähnt gelassen, dass „islamisch“ und „christlich“ kaum auf einen gemeinsamen Nenner gebracht werden können, da die politischen Ansprüche beider Religionen grundverschieden sind.

Der türkische Nationalismus grenzt sich ethnisch bewusst von anderen Völkern ab und erstrebt die Hegemonie des Türkentums, wobei der sunnitische Islam bisweilen als Mittel zum Zweck dient. Wie oft in der Geschichte ergänzen sich Türkisierung und Islamisierung bis heute. Aus dem türkischen nationalistisch-religiösen Überlegenheitsdenken heraus kam es zu Verfolgungen u. a. der Armenier, der Griechen, der Kurden und der Aleviten. Nichtislamische religiöse Minderheiten wurden im Zuge ethnischer Homogenisierung und islamischen Überlegenheitsanspruchs liquidiert, dezimiert und vertrieben.¹² Noch bei der Eroberung des nördlichen Teils von Zypern 1974 wurden systematisch christliche Kirchen zerstört.

Sind die Reformen von Dauer?

Ganz allgemein gilt, dass ein Mentalitäts- und Identitätswandel nur sehr langfristig ermöglicht werden kann, oftmals aber auch misslingt oder sogar in rückläufige Entwicklungen einmündet. Trotz der Umerziehung und der von den Achtundsechzigern begonnenen und bis heute fortgeführten Kulturrevolution in Deutschland sind immer noch bedeutende Reste deutscher Mentalität – sogar bei den Linken und den Grünen, und zwar nicht immer im positiven Sinn – wirksam. Ähnliches trifft auf andere Kulturen und natürlich auf die Völker des Islam zu, deren starke islamische Leitkultur im wesentlichen die Reformen der letzten 200 Jahre überdauert hat und heute wieder zu einer offensiven politischen und religiös-kulturellen Kraft geworden ist. Zwar waren die Reformanstrengungen der Türkei länger und intensiver als in anderen Teilen der Umma, vor allem in den arabisch-islamischen Ländern, aber sie sind längst nicht so verankert, dass sie Mentalität, Bewusstsein und kulturelle Identität der

Türken den Mittel- oder Westeuropäern wesentlich angenähert hätten.

Mustafa Kemal Atatürk hatte es unternommen, die politische und gesellschaftliche Macht des Islam zu brechen und die Zugehörigkeit der Türkei zur Umma abzuschwächen. Seine Nachfolger in Parteien und Armee bemühten sich anfangs, das Erbe der Reformen zu bewahren. Kernpunkte der Reformen waren Säkularisierung (Gesetzbuch nach Schweizer Vorbild), Demokratie und staatlich gelenkte Wirtschaftsentwicklung (Etatismus).¹³

In der Tradition jahrhundertelanger Gegnerschaft zu Russland suchte die Türkei im Kalten Krieg eine enge sicherheitspolitische Anlehnung an die USA und Westeuropa (u. a. durch aktive Teilnahme am Koreakrieg).

Sind aber die Reformen, die seit über achtzig Jahren mit diktatorischen Mitteln, zuerst durch die Machtausübung einer Einheitspartei (Republikanische Volkspartei), dann durch das von Ismet İnönü, dem Nachfolger Atatürks, auf gleicher Grundlage etablierte Zweiparteiensystem sowie durch permanente militärische Drohmittel durchgesetzt werden mussten, wirklich von Dauer? Haben sie das Innere der Menschen, die Seele der Muslime, erreicht?

Man muss heute feststellen, dass die säkularisierte und laizistische Republik den antireligiösen Kurs des Staatsgründers nicht durchhalten konnte. Unter Berücksichtigung der türkischen Geschichte und Tradition, aber auch im Sinn der demokratischen Menschenrechte, ist eine antireligiöse Regierungspolitik nicht zu rechtfertigen. Der Wiederaufstieg des Islam in der Türkei ist logisch.

Schon bald wurde der Moscheebau wieder offiziell gefördert. Die neue „Demokratische Partei“ islamisierte sich in einem solchen Maß, dass die Armee eingreifen musste. Man machte den Machthabern der DP-Regierung den Vorwurf, eine reaktionäre islamische Revolution gegen die Republik Atatürks geplant zu haben. Nach gutem orientalischem Brauch wurden die demokratisch gewählten Politiker hingerichtet.

Ähnliche Entwicklungen bis zu der Machtübernahme einer islamischen Partei zu Beginn des 21. Jh. bestätigen die Vermutung, dass die türkische Demokratie eine zyklische Wiedererstarkung des Islam nicht verhindern kann. Zeiten strikter Trennung von Religion und Politik wech-

Unter Berücksichtigung der türkischen Geschichte und Tradition, aber auch im Sinn der demokratischen Menschenrechte, ist eine antireligiöse Regierungspolitik nicht zu rechtfertigen.

seln sich mit Phasen der Berücksichtigung islamischer Elemente in der Politik ab. Innerhalb der religiösen Entwicklung gab es einerseits Versuche einer zeitgemäßen Islamreform (die Theologische Fakultät Ankara gilt als eine Werkstätte „moderner“ Theologie), andererseits aber auch religiösen Widerstand gegen Reformen, die als zu weit gehend interpretiert wurden. Dieser islamische Widerstand ging nicht nur von religiös-politischen Führern, sondern auch vom türkischen Volk aus.

Bereits seit den achtziger Jahren des 20. Jh. begann in vielen Bereichen die Wiedererstarkung des Islam. Die säkular gesonnene Politelite bemühte sich, die wachsende Macht des Islam zu kontrollieren, und schuf sich zu diesem Zweck das Instrumentarium des typischen Staatsislam.¹⁴

Hierzu zählt z. B. die Diyanet, das „Religionsministerium“, das die religiösen Angelegenheiten fest im Griff behalten soll und auch versucht, den Islam der türkischen Auslandskolonien im staatlichen Sinn zu lenken. Trotzdem müssen die kemalistischen Kräfte ohnmächtig zusehen, dass sich mehrheitsfähige Parteien und Regierungen als „islamisch“ bezeichnen. Damit gewinnt u. a. der Wille der Türken Gestalt, zur muslimischen Völkerfamilie“, d. h. der Umma, zu gehören.

Zukünftige Konflikte zwischen islamischer Kulturidentität und „europäischer Zivilisation“ sind also vorprogrammiert. Ein Beweis für die schlechende Überwindung der Reformen Atatürks ist das Scheitern der angestrebten Gleichstellung der Religionen und Konfessionen und die reale Privilegierung des Islam durch den Staat. Wenn auch nicht auf dem Papier, so doch faktisch wurde damit die laizistische Abschaffung der islamischen Prärogative rückgängig gemacht. Die Ächtung der islamischen Bekleidungs Vorschriften, auf die Atatürk großen Wert gelegt hatte, ist längst durch die weit verbreitete Rückkehr zu Kopftuch und Ganzkörperverhüllung der Frau in zahlreichen Schichten der türkischen Gesellschaft rückgängig gemacht worden.¹⁵

Die religiös motivierte Verhüllung der Frau steht für das Eigentumsrecht des Mannes: Zwangsverheiratung, Isolierung und Gehorsamspflicht der Frau sind trotz 80 Jahren Reform in der Türkei weit verbreitet. Prügelstrafe, Isolierung und „Ehrenmorde“ werden nicht nur im rückständigen Anatolien, sondern auch in den türkischen Auslandskolonien gepflegt. Das Erziehungsideal in religiös geprägten Familien bezweckt die Weckung und Stimulierung männlicher Machtaus-

übung der Söhne und die Unterwerfung der Töchter. Es gibt genügend Beweise dafür, dass die Gleichstellung von Männern und Frauen in den ländlichen Gebieten der Türkei, in den „gecekondu“ der türkischen Großstädte und in den im Ausland eingerichteten türkischen Exklaven faktisch auf dem Rückzug begriffen ist.¹⁶

Der Abgrund zwischen dem konservativen, restaurativen und religiös geprägten Bewusstsein der türkisch-anatolischen Bevölkerung und dem reformerischen, konsumorientierten und zivilisatorisch westlich gesinnten urbanen Bevölkerungsschichten klafft immer weiter auseinander.

Der Gegensatz zwischen Türken und Kurden konnte bis heute nicht beigelegt werden, da die Idee von der rassisch-ethnischen Reinheit der Türken seit jeher zum Staatsdenken gehört. An diesem Fall zeigt sich, dass die gemeinsame islamische Religion der Türken und Kurden weniger wiegt als das nationalistische Vorhaben einer umfassenden Türkisierung. Die Türkei, ob kemalistisch oder islamisch regiert, kann sich somit auch nicht zur Verantwortung für die negativen Kapitel der nationalen Geschichte (Armenier- und Griechenmassaker, Vertreibung der ethnischen und religiösen Minderheiten, Christendiskriminierung usw.) durchringen. Nationalismus in der Politik und Bekräftigung exklusiven Türkentums nach innen und außen wurden auch von den Reformern nie als konstituierende Elemente der Türkischen Republik aufgegeben.

Ist die türkische Identität mit der Kultur Europas vereinbar?

Wenn die festgestellten Prämissen stimmen, dass die genuin europäischen Werte im türkischen Volk (ganz bewusst wird hier nicht der Begriff „Gesellschaft“ verwendet) noch nicht hinreichend verankert sind, um prägend und richtungsbestimmend, sozusagen „krisenfest“, zu sein, dass aber die traditionelle Identität (Nationalismus und Islam) nach wie vor im Bewusstsein einer Mehrheit der Türken fest verwurzelt ist und in Zukunft, unter den Vorzeichen der Wiederbelebung nationaler und ideeller Werte, eher verstärkt als abgeschwächt in Erscheinung treten wird, wird eine Integration der Türkei in die EU für beide Seiten erhebliche Probleme mit sich bringen. Es geht um Loyalität und Legitimation. Werden die Türken Europa gegenüber loyal sein, wenn Politik in Widerspruch zu eigenen Traditionen gerät? Werden europäische Vorgaben, die im Konflikt zu eigenen Werten stehen, legitimiert werden können?

Zukünftige Konflikte zwischen islamischer Kulturidentität und „europäischer Zivilisation“ sind vorprogrammiert.

Die rot-grüne Regierung und an vorderster Stelle ihr Kanzler und Außenminister haben immer wieder leitmotivisch die Auffassung vertreten, der EU-Beitritt der Türkei sei die Nagelprobe für die Vereinbarkeit von Demokratie, Menschenrechten und moderner Gesellschaft mit dem Islam. Man müsse den Islam „einbinden“, man müsse auf ihn „zugehen“, man dürfe ihn nicht „wegstoßen“¹⁷.

Das „Wegstoßen“ des Islam geschieht nach Ansicht Joseph Fischers z. B. durch die Weigerung Angela Merkels, die Türkei in die EU aufzunehmen. Fischer, der sich selbst wohl gern als „Islamexperte“ sieht, ging noch einen Schritt weiter. Er verglich die Auswirkung eines EU-Beitritts der Türkei mit dem D-Day, d. h. der Invasion der Alliierten 1944 in der Normandie. So wie diese das Ende des Nationalsozialismus eingeläutet habe, so werde die Eingliederung der Türkei in Europa den entscheidenden Sieg über den islamistischen Terrorismus nach sich ziehen.

Nun beweist die Einführung der westlichen Demokratie im Irak gegenwärtig, wie wenig der islamistische Terror sich dadurch positiv beeindruckt lässt und die Waffen streckt. Vielmehr geschieht das Gegenteil: Jeder islamische Staat, der seine religiöse Identität durch Säkularisierung und Demokratisierung schwächt, wird in der Sicht der Islamisten zum bevorzugten Schlachtfeld des Dschihad (Kampf für den Islam). Die mildeste Konsequenz, die der Türkei als EU-Mitglied drohen könnte, wäre das Anathema, „abtrünnig“ geworden und aus der Umma ausgeschieden zu sein. Die gefährlichste Folge wäre, zum Ziel islamischer Rückeroberung zu werden. Einerseits kann diese durch Wiedererweckung der spezifisch religiösen Identität der Türkei erfolgen, was unmittelbare Auswirkungen auf die Politik und das Rechts- und Wertesystem hätte, zum anderen durch terroristischen Dschihad. Die zukünftigen Loyalitätskonflikte der Türkei, hervorgerufen durch islamische Da'wa (missionarische Predigt und Propaganda), politische Zwänge der vorderasiatischen Geographie (hierzu gehören u. a. nationale türkische Interessen im Kaukasus und in Zentralasien, die Kurdenproblematik, die kurdische Minderheiten im Irak, Iran und Syrien mit einschließt, die Wasser- und Erdölproblematik) und innere Identitätskrisen auf der einen Seite, durch die Erfüllung europäischer Verantwortlichkeiten und Pflichten, z. B. auch die Abwehr radikalislamischer Aggressionen oder die Verhinderung islamischer, türkisch dominierter Parallelgesellschaften in Deutschland und Europa, auf der anderen Seite, müssen automatisch zu krisenhaf-

ten Entwicklungen und zu enormen Belastungen und Abnutzungstendenzen im Verhältnis Türkei-EU führen.

Es wird lange dauern, bis Europa die Belastungen durch die Neuaufnahme der mittel- und osteuropäischen Staaten, die Ungewissheit über politische Strategien und die tiefgehenden Divergenzen zwischen denjenigen Mitgliedern, die unter der EU eine bloße Wirtschaftsunion verstehen, und Mitgliedern, die zu einer engeren politischen Union bereit sind, überwunden haben wird.

Darüber hinaus ist zu fragen, welche Folgen der Niedergang des traditionellen christlich-abendländischen Wertesystems haben wird, und welche identitätsstiftenden Grundlagen an seine Stelle treten werden.

Aus allen diesen Gründen erscheint es zum gegenwärtigen Zeitpunkt mehr als leichtsinnig, sich mit den Problemen und Unsicherheiten des islamisch-asiatischen Großstaats Türkei zu belasten und die Grenzen Europas weit in die krisengeschüttelte und richtungssuchende islamische Welt vorzutreiben.

Im Zeichen der weltweiten Wiedererstarkung der Weltreligion Islam und ihrer Kultur, die nicht so sehr nach Modernisierung und Reform im Sinn von westlicher Demokratie als vielmehr nach Bestätigung und Wiederbelebung hegemonialer Zielsetzungen strebt, ist noch lange nicht entschieden, wohin sich in wenigen Jahrzehnten 100 Millionen Muslime des islamisch-asiatischen Großstaates Türkei orientieren werden. Die Konfliktsituation zwischen demokratischem Rechtsstaat westlich-europäischer Prägung und religiös-politischer islamischer Lebensordnung, die Staat, Politik und Gesellschaft umfasst, wird ein Kontinuum des 21. Jh. sein. Weder eine voraussehbar konfliktreiche Mitgliedschaft der Türkei in Europa noch eine von der Mehrzahl der Umma abgelehnte „demokratisierende Brückenfunktion“ der Türkei wird die islamische Identitätskrise lösen können. Der Gedanke, die 1,3 Mrd. Gläubige umfassende Weltreligion des Islam lasse sich durch eine EU-Mitgliedschaft der Türkei in das westliche System „einbinden“, ist auf dem Hintergrund der Realitäten rührend naiv und blauäugig. In den Ohren der schönfärberischen, gutgläubigen, wenig informierten und illusionären „Islamlobby“ mag die These von dem Endsieg über den islamistischen Terrorismus durch die EU-Aufnahme der Türkei überzeugend, weil tröstlich, klingen, aber die Wirklichkeit sieht anders aus. Der islamistische Terrorismus ist ledig-

Darüber hinaus ist zu fragen, welche Folgen der Niedergang des traditionellen christlich-abendländischen Wertesystems haben wird, und welche identitätsstiftenden Grundlagen an seine Stelle treten werden.

lich eines unter vielen Mitteln, die politischen Ziele des Islam, der mehr ist als Religion im westlichen Verständnis, durchzusetzen.¹⁸

Viel beunruhigender ist die suggestive Verführungskraft, die der Islamismus entwickelt. Der Islamismus wird nach dem Kommunismus und dem Nationalsozialismus des 20. Jh. zur totalitären Ideologie des 21. Jh. Die Religion des Islam könnte sich durch die Virulenz ihrer religiösen Ansprüche und durch Bekräftigung ihrer politischen, rechtlichen und kulturellen Forderungen zum antiwestlichen, antidemokratischen und revolutionären Programm entwickeln. Terrorismus ist in diesem Zusammenhang eine durch die moderne technisch-militärische Entwicklung erzwungene neue Art von Kriegsführung, durch die der islamischen Rechtsinstitution Dschihad neue Möglichkeiten der Betätigung eröffnet werden.

Es dürfte feststehen, dass nicht die Aufnahme der Türkei in die EU, sondern innere Entwicklungen in der islamischen Welt selbst und nur diese zum Triumph oder zur Niederlage des Islamismus führen werden.

Das islamische Argument zählt auch deswegen nicht, weil es die Kraft der EU übersteigt, bestimmte geistes-, religions- oder innenpolitische Entwicklungen in fremden Staaten zu verhindern oder zum Erfolg zu verhelfen. Eine Politik der Erziehung oder Umerziehung fremder Völker dürfte die Bereitschaft und die Möglichkeiten der EU übersteigen. Im Falle Deutschlands ist dies nach dem 2. Weltkrieg zwar gelungen, aber eben unter den Vorzeichen einer militärischen Niederlage, einer totalen Fremdbeherrschung des Landes und einer substantiellen Identitätskrise. Gerade durch die Annahme, nur die EU-Mitgliedschaft könne eine Radikalisierung des türkischen Islam verhindern und die angestrebte Demokratisierung zum Erfolg führen, erweist sich die mangelnde europäische Reife der Türkei: Wenn eine so große Gefahr und ein so starkes Potential für das Abdriften der Türkei in eine antieuropäische Entwicklung existiert, so ergeben sich um so mehr Gründe für die Nichtaufnahme des asiatisch-islamischen Großstaates. Der Islam lässt sich nicht umerziehen, es sei denn, er würde es selbst tun.

Kann Europa die Türkei „verkräften“?

Die entscheidende Frage ist, ob die gegenwärtige türkische Identität mit dem europäischen Wertesystem vereinbar ist oder nicht. Dabei verwickeln sich linke und grüne Parteien als politischer Arm der Türkei- und Islamlobby in eklatante Wider-

sprüche. Zwar wird die Überwindung des Nationalismus als größte historische Errungenschaft der deutschen Geschichte gefeiert, aber dabei ist nur das eigene Land gemeint. Geflissentlich wird übersehen, dass viele Völker in der EU noch längst nicht im gewünschten Maß vom Nationalismus Abschied genommen haben. Vollends unverständlich wird diese Betrachtungsweise aber im Fall der Türkei. Der dort weitverbreitete völkische Nationalismus wird nicht zur Kenntnis genommen. Die Wiedererstarkung des Islam wird, wenn überhaupt wahrgenommen, gelehnet oder in ihrer Bedeutung heruntergespielt.

Um es noch einmal zu wiederholen: Die politisch-ökonomischen Komponenten der europäischen Einigung müssen entgegen der bisherigen Praxis realistisch mit der kulturellen Dimension in Einklang gebracht werden. Die Grundstrukturen der unterschiedlichen politischen Kulturen unterscheiden sich voneinander und bestimmen Willensbildung und Bewusstsein ihrer handelnden Gruppen und Persönlichkeiten.

Die erste Phase der europäischen Einigungspolitik umfasste die Kernländer der westlichen christianitas und führte zu einer großen Einheit gemeinsamen Wollens und Handelns. Schon die Aufnahme Großbritanniens und der skandinavischen Länder brachte sehr unterschiedliche Akzente und Prioritäten dieser Staaten in den europäischen Prozess ein, so dass die früheren Grundlagen verwässert wurden. Noch viel mehr Schwierigkeiten sind vom Beitritt der osteuropäischen Länder, die größtenteils vom orthodoxen Christentum geprägt sind, zu erwarten. In diese Gemeinschaft der sich voneinander unterscheidenden und der Harmonisierung bedürftigen europäischen politischen Kulturen einen islamisch-asiatischen Großstaat wie die Türkei integrieren zu wollen, bedeutet neben immensen politischen und wirtschaftlichen Schwierigkeiten Überdehnung, Gefährdung und Überforderung. Das christlich-abendländische Europa ist groß geworden durch die Befreiung der schöpferischen Fähigkeiten des Individuums, durch Freiheit und Verantwortung der bürgerlichen Gesellschaften, durch Meinungsfreiheit und Demokratie. In erheblich geringerem Maße hat die Welt des orthodoxen Christentums Anteil an dieser Entwicklung. Vollends am Rande, größtenteils in krassem Gegensatz zum (westlichen) Europa hat sich aber die Türkei entwickelt. Tausend Jahre lang lebten die Türken unter einer Militärherrschaft, die despotische und kollektivistische Züge hatte. Jahrhunderte lang wurde die Türkei in das Gefängnis der im Niedergang befindlichen islamischen Kultur gesperrt. Freiheitsrechte, Bürgergesellschaft und

Der Islam lässt sich nicht umerziehen, es sei denn, er würde es selbst tun.

Individualismus haben sich in der Türkei nicht entwickelt, sondern wurden den Menschen erst sehr spät durch Reformen, die entweder von außen oder von oben befohlen werden mussten, aufgezungen. Diese genuin europäisch-abendländischen Werte haben noch keine Basis im Denken und Handeln der breiten türkisch-islamischen Volksmassen entwickeln können. Die Emanzipation des türkischen Volkes steht noch aus. Sie kann zwar in Zukunft erfolgen, aber nur sehr langfristig und nur unter den Bedingungen eigener Entwicklungen. Einwirkungen oder Einmischungen von außen werden die geistigen und kulturellen Grundlagen der Türkei – wenn überhaupt – nur sehr oberflächlich verändern. Hinter der Fassade gibt es eine andere politische Kultur.

Die Rolle der türkischen Einwanderer

Die türkischen Einwanderer in Deutschland lassen sich unterteilen in eine kleine Minderheit von Integrationswilligen und sozio-ökonomischen Aufsteigern und in eine große Mehrheit von Integrationsverweigerern und Verlierern. Zwischen beiden Hauptgruppen mag es noch eine Zwischenstufe geben, die aber in diesem Zusammenhang weniger wichtig ist. Während die Aufsteiger bis zu einem gewissen Grad die Integration schaffen und zur Kategorie der „Kulturmuslime“ gehören dürften, suchen die Verlierer verstärkt Halt bei ihrer türkischen Identität. Die gegenwärtige AKP-Regierung hat die Chance erkannt, die eine starke türkische Auslandskolonie als Druckmittel für ihre politischen Ziele bieten kann. Es kommt ihren Plänen entgegen, dass die Mehrzahl der Türken in Deutschland den städtischen Unterschichten der „gece kondus“ und der ländlichen Agrarbevölkerung Anatoliens entstammt. Mit der ungebildeten Unterschicht wurde ein Islam nach Deutschland verpflanzt, der in den Augen der Politiker in Ankara, der bürgerlichen Schichten in Istanbul und einiger Professoren der theologischen Fakultät der Universität Ankara „mittelalterlich“ erscheint. Die regierungshängige islamische Religionsbehörde hat sich diese Umstände zu Nutzen gemacht und kontrolliert das Netz der DITIB-Moscheen in Deutschland im Sinn der staatlichen Religionspolitik. Die Diyanet in Ankara entsendet die Imame, die zwar in der Regel weder Deutsch beherrschen noch die deutschen Verhältnisse kennen, die aber großen Einfluss auf die schlichten Gemüter der Gläubigen ausüben, und die Lehrer der Koranschulen, die das religiöse Bewusstsein der Kinder formen. Die islamische Regierung Erdogan nutzt auch die islamisch-nationalistische Bewegung Milli Görüş, die vom deutschen Ver-

fassungsschutz beobachtet wird, für ihre Zwecke. Die Inhalte der Erziehung und Propaganda entsprechen den Grundprinzipien des Türkentums: Ethnische Exklusivität, türkischer Nationalismus und Islam. Durch die Moscheen, Koranschulen und „Kulturvereine“ gelingt es der türkischen Regierung, die Auslandskolonien im nationalistischen Sinn weiter im Griff zu haben. Die Auswanderung nach Deutschland entlastet den türkischen Staat von sozialpolitischen Anstrengungen und fatalen Auswirkungen der Bevölkerungsexplosion auf die Entwicklungschancen des Landes. Indem die Unterschichten, die der türkischen Modernisierung entgegenstehen, nach Europa abgelenkt werden, verbessern sich die Möglichkeiten der Türkei, ihren Integrationswunsch nach Aufnahme in die EU durchzusetzen.

Zusammenstoß der Kulturen?

Der türkischen Expansion nach Deutschland und Europa, die ganz erheblich von Islam und Nationalismus geprägt ist, kommt entgegen, dass die europäische, vor allem aber die deutsche Identität erschreckend schwach und unsicher geworden ist. Dies hängt natürlich auch mit dem Niedergang des Christentums und des christlichen Bewusstseins der europäischen Völker zusammen. In diesem Zusammenhang ist die Frage des neuen Papstes Benedikt XVI. ernst zu nehmen: „Ist die siegreich über die Welt ausgebreitete Zivilisation der Technik und des Kommerzes die europäische Kultur?“¹⁹

In der Tat hat das „innere Absterben der tragenden seelischen Kräfte“ u. a. Entchristlichung, Werterelativismus, Unlust an der Zukunft, Verweigerung der Reproduktion des eigenen Volkes, Zukunftsunfähigkeit der Politik, Permissivität und Hedonismus zur Folge. Europa besitzt nicht mehr die früheren Antriebskräfte seiner Kultur, sondern findet Genüge am Besitz zivilisatorischer Güter und am Genuss allgemeiner „wellness“, wie es neuhochdeutsch heißt. Was noch schlimmer ist: Viele meinungsbildende Kräfte lehnen energisch die kulturellen Traditionen der abendländisch-christlichen Völker ab oder stehen ihnen indifferent gegenüber. Dabei dürfte klar sein, dass die Ideologie des Multikulturalismus, die von linken und grünen Parteien im klaren Gegensatz zur nationalen deutschen Identität verfochten wird, von islamischen Einwanderern nur so lange und in dem Umfang begrüßt wird, wie sie ihnen nutzt. Das gedankliche Fundament jedoch, das hinter dieser Ersatzideologie steckt (z. B. der Kultur- und Werterelativismus), wird gerade von der islamischen Leitkultur vehement verworfen. Sehr aufschlussreich ist dabei, dass diejenigen, die Exis-

Europa besitzt nicht mehr die früheren Antriebskräfte seiner Kultur, sondern findet Genüge am Besitz zivilisatorischer Güter und am Genuss allgemeiner „wellness“, wie es neuhochdeutsch heißt.

tenz und Berechtigung einer deutschen Leitkultur ablehnen, die Legitimität einer islamischen Leitkultur nicht im geringsten anzweifeln.

Ein Vergleich mit dem untergehenden Römischen Reich, wie ihn Benedikt XVI angestellt hat, drängt sich auf. In diesem Zusammenhang denkt man an die Aushöhlung der ehemaligen römischen Sittlichkeit und das Absterben der Antriebskräfte der Kultur durch die schleichende Orientalisierung und die Invasionen der Barbaren. Zwangsläufig müssen sich dabei Rückschlüsse auf die Gegenwart und Zukunft Europas aufdrängen.

Anmerkungen

¹ Vgl. Wolfgang Günter Lerch, „Freunde‘ und ‚Feinde‘“ der Türkei, FAZ, 15. 9. 05.

² Richard Peters, Geschichte der Türken, Kohlhammer, Stuttgart 1961, S. 137.

³ Das vollständige Zitat lautet: „Europa scheint in dieser Stunde seines äußersten Erfolgs von innen her leergeworden, gleichsam von einer lebensbedrohenden Kreislaufkrise gelähmt, sozusagen auf Transplantate angewiesen, die dann aber doch seine Identität aufheben müssen. Diesem entspricht es, dass auch ethnisch Europa auf dem Weg der Verabschiedung begriffen erscheint. Es gibt eine seltsame Unlust an der Zukunft. Kinder, die Zukunft sind, werden als Bedrohung der Gegenwart angesehen... Der Vergleich mit dem untergehenden Römischen Reich drängt sich auf, das als großer geschichtlicher Rahmen noch funktionierte, aber praktisch schon von denen lebte, die es auflösen sollten, weil es selbst keine Lebenskraft mehr hatte.“ (Joseph Cardinal Ratzinger, Europa. Seine geistigen Grundlagen gestern, heute, morgen. Vortragsmanuskript, <http://text.bayern.de/Berlin/Veranstaltungen/Redenarchiv>).

⁴ Dieser Anspruch widersprach allerdings dem klassischen sunnitischen Staatsdenken, das Amt und Funktion des Kalifats nur den Arabern vom Stamm des Propheten, den Quraisch, zubilligt.

⁵ Hans-Peter Raddatz, Die türkische Gefahr? Risiken und Chancen, München 2004, S. 39.

⁶ Johann Christoph Bürgel, Allmacht und Mächtigkeit, S. 118. Übrigens wird dieses Menschenbild laut Beobachtungen an Berliner Schulen im Islamunterricht an muslimische Schüler vermittelt.

⁷ Tilman Nagel, Islam. Die Heilsbotschaft des Koran und ihre Konsequenzen, Westhofen 2001, S.127.

⁸ Stellvertretend für einige islamische Intellektuelle hat sich der iranische Theologe Muhammad Mudschtahid Schabestari im Zusammenhang mit den Problemen des Islam in der modernen Welt sehr skeptisch über die Wandlungsfähigkeit des Islam ausgesprochen. Besonders negativ beur-

teilt er die von vielen muslimischen Reformern krampfhaft versuchte Neuinterpretation der heiligen Texte. Schabestari sagte: „Diese Neuauslegungen bringen nichts, weil sie wie die frühere Exegese von unumstößlichen Glaubensgrundsätzen ausgehen und sich an der tradierten Rechtsauffassung orientieren... Entsprechend erstarrt und verarmt ist unser geistiges Leben, und es beruht auf Wiederholung und Restauration.“ Diskussion im Wissenschaftskolleg von Berlin, Süddeutsche Zeitung, 11. 6. 02.

⁹ zit. in Raddatz, a. a. O., S. 98.

¹⁰ Sinngemäß zitiert nach Äußerungen Erdogans, die diesem eine Gefängnisstrafe einbrachten.

¹¹ Eine ähnliche, von den strengen Muslimen als im Kern antiislamisch aufgefasste Geschichtsdeutung vertraten u. a. auch der Schah von Persien und der ägyptische Präsident Muhammad Anwar as-Sadat. Beide bezahlten das Experiment mit dem Leben und ihre Länder mit islamistischem Radikalismus.

¹² Hierzu gehören z. B. die Christen des Tur Abdin in der südöstlichen Türkei.

¹³ Der „Etatismus“ führte jedoch nicht zur Annäherung an das europäische Vorbild, sondern setzte die traditionellen Strukturen fort: Er war „kein staatliches Lenkungsinstrument, sondern ein Rahmen zur exklusiven Ausbeutung des Staates durch die Machtkader... Damit war allerdings auch der Weg der Staatsmacht in die ‚offizielle Korruption‘, zur späteren Staatsmafia, vorgezeichnet“, Raddatz, S. 106.

¹⁴ Eine Typologie des Islam muss zwischen Hochislam = Theologie und Glaubenslehre, Staatsislam = staatlich kontrollierter und instrumentalisierter Islam, Untergrund-Islam = subversiver Islam im Sinn von Fundamentalismus/Islamismus und Volksislam = praktizierter Islam des Volkes unterscheiden.

¹⁵ Selbst die weiblichen Angehörigen des Ministerpräsidenten Erdogan tragen das Kopftuch. Der europäische Gerichtshof hat kürzlich das staatliche Verbot des Tragens von Kopftüchern in den türkischen Universitäten bestätigt.

¹⁶ Zu dieser Thematik sind in den letzten Jahren wichtige Bücher aus der Feder betroffener türkischer Frauen erschienen.

¹⁷ Vgl. einen Bericht über Kamingespräche mit J. Fischer, Süddeutsche Zeitung Magazin, 16. 9. 05, S. 22.

¹⁸ Der pakistanische islamistische Vordenker Al-Maududi definierte den Islam als eine nicht „normale Religion“.

¹⁹ Vollständiges Zitat s. Anm.3.

Sehr aufschlussreich ist dabei, dass diejenigen, die Existenz und Berechtigung einer deutschen Leitkultur ablehnen, die Legitimität einer islamischen Leitkultur nicht im geringsten anzweifeln.

Dr. Rainer Glagow ist Leiter der Verbindungsstelle Berlin der Hanns-Seidel-Stiftung

Evangelisches Leserforum

Josef Ackermann
Dietrich Bonhoeffer –
Freiheit hat offene Augen.
Eine Biographie.

*Gütersloher Verlagshaus, Gütersloh 2005,
ISBN 3-579-07109-2, 303 Seiten, 22,95 Euro*

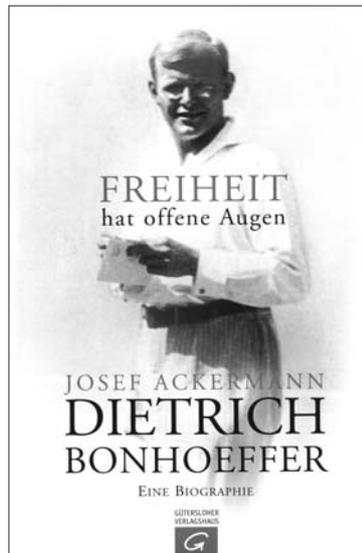
Rechtzeitig zum 100. Geburtstag Dietrich Bonhoeffers am 4. Februar 2006 legt der promovierte Göttinger Historiker und Publizist Josef Ackermann eine neue Biographie über den weltweit hoch geschätzten Theologen und Widerstandskämpfer Dietrich Bonhoeffer vor. Der Autor ist seit mehr als einem Viertel Jahrhundert mit der Familie der Zwillingsschwester Bonhoeffers, Sabine Leibholz, befreundet und erhielt von ihr viele Anregungen und Einblicke in das Leben Bonhoeffers und seiner Familie. Das Anliegen des Autors, durch eine intensive Einbettung von Bonhoeffers Leben in die zeitgeschichtlichen Ereignisse und Ideen eine neue Sicht auf Bonhoeffers Wirken zu gewinnen und sich weniger mit dessen Theologie auseinanderzusetzen, gibt der Biographie einen besonderen Stellenwert in der Bonhoeffer-Literatur. So werden besonders die Wechselwirkungen zwischen den politischen Entwicklungen und Bonhoeffers von einem starken Glauben getragenen Leben, aufgezeigt.

Die frühe Zeit seiner beruflichen Tätigkeit, der Kirchenkampf – besonders die Auseinandersetzung mit der Judenfrage in der staatlichen Sphäre und in der Kirchenpolitik – sowie sein aktiver Widerstand gegen den Nationalsozialismus sind geprägt von Bonhoeffers energischer Gegnerschaft gegen die bössartige, inhumane Politik der Nationalsozialisten. In einer kinderreichen großbürgerlichen Familie aufgewachsen – sein Vater war Leiter der Nervenklinik an der berühmten Berliner Charité – hatte Bonhoeffer alle Möglichkeiten der Selbstverwirklichung. Längere Auslandsaufenthalte in Barcelona, New York und London erweiterten seinen Horizont, seine sprachliche Kompetenz und seinen Freundes-

kreis, Promotion und Habilitation wurden frühzeitig abgeschlossen. In vorderster Linie des Kirchenkampfes zeigte er Mut und Verantwortung für die unversehrte Bewahrung seiner Kirche. Die Einsicht in den verbrecherischen Charakter des Naziregimes trieb ihn in den aktiven Widerstand. Der Pazifist Bonhoeffer, der nach Indien reisen wollte, um die Politik der Gewaltlosigkeit näher kennen zu lernen, war nun fest entschlossen, auch die Ermordung Hitlers als letzte Möglichkeit moralisch mit zu tragen. Durch seinen Schwager, Hans von Dohnanyi, der eine der treibenden Kräfte des deutschen Widerstandes war, wurde er in das Amt der militärischen Abwehr eingebaut, um dessen gute Auslandskontakte über den Weltkirchenrat zu nutzen. 1942 reiste er nach Schweden, um durch den anglikanischen Bischof von Chichester, George Bell, von der englischen Regierung eine Zusage zu erreichen, nach dem geplanten Attentat auf Hitler die aus dem Widerstand hervorgehende deutsche Regierung anzuerkennen und mit Deutschland einen gemäßigten Frieden zu schließen.

Im April 1944 wurde er verhaftet und in das Tegeler Militärgefängnis eingeliefert. Das Standgericht, das ihn – zusammen mit Admiral Wilhelm Canaris, Generalmajor Hans Oster, Hauptmann Ludwig Gehre und Heeresrichter Dr. Karl Sack – unter Vorsitz des

SS-Richters Dr. Otto Thorbeck und des Anklägers Walter Huppenkothen im KZ Flossenbürg noch in den letzten Tagen des Dritten Reiches zum Tode verurteilte, war weder zuständig noch ordnungsgemäß zusammengesetzt, noch diente es der Wahrheitsfindung. Für Ackermann, der dem Standgerichtsprozess und den Nachkriegsprozessen gegen Thorbeck und Huppenkothen wegen deren Todesurteile gegen die Widerstandskämpfer und deren anschließender Ermordung in seinem Buch zu Recht einen breiten Raum einräumt, gibt es keinen Zweifel, dass Hitler bereits vor Beginn des Standgerichtsprozesses angeordnet hatte, die Widerstandskämpfer in Flossenbürg „erbarmungslos umzubringen“. Das Standgerichtsverfahren sei nur ein Scheinprozess gewesen. In mehreren Instanzen wurden schließlich Dr. Thorbeck und Huppenkothen wegen Beihilfe zum Mord vom Schwurgericht Augsburg zu mehrjährigen Haftstrafen verurteilt. In letzter Instanz hob jedoch der Strafsenat des Bundesge-



richtshofes das Urteil gegen den SS-Richter Dr. Thorbeck auf; Huppenkothen wurde wegen seiner Mitwirkung an den Todesurteilen freigesprochen und nur für die nicht ordnungsgemäße Hinrichtung bestraft. „Für dieses Urteil müsse man sich schämen“, wertete 2002 der Präsident des Bundesgerichtshofes, Günter Hirsch.

60 Jahre nach seiner Ermordung im Konzentrationslager Flossenbürg, am 9. April 1945, ist Dietrich Bonhoeffer in unserer Erinnerung so lebendig wie nur wenige Menschen aus der Zeit des Widerstandes gegen den Nationalsozialismus. Als einer der unbeugsamsten Verfechter christlicher Werte im brutalen Kampf der Nationalsozialisten gegen die christlichen Kirchen und für sein mutiges Eintreten gegen die Diskriminierung der Juden durch die nationalsozialistischen Rassegesetze und deren unsagbare Vernichtungspolitik hat Bonhoeffer für die zivilisierte Welt einen unschätzbaren Vorbildcharakter erlangt, der ihm einen vorrangigen Platz in unserer Geschichte einräumt. Dem antihumanen Gesicht des Nationalsozialismus, der die Menschheit in Herrenmenschen und Untermenschen einteilte, der die Juden, die Polen und „ostischen Völker“ zum Gegenbild machte, vor dem die Deutschen sich erheben sollten, setzte er die Gleichheit und Unverwechselbarkeit aller Menschen und die Unveräußerlichkeit der Menschenrechte entgegen. Er hat durch seinen Einsatz eine zweijährige schreckliche Gefängniszeit und einen grausamen Tod erdulden müssen.

Ackermann hat in seiner umfassenden historisch-politischen Bonhoeffer-Biographie besonders

den Aspekt der verzweifelten Anstrengung Bonhoeffers hervorgehoben, sich schützend vor den durch ein unsagbar verbrecherisches Regime gequälten Menschen zu stellen. Er wollte „den Stummen eine Sprache geben“ und gebot, dem „Rad“, das heißt, der verbrecherischen Regierungsmacht, „in die Speichen zu fallen“. In diesem Kampf um Wiederherstellung der Humanität in Deutschland hat Bonhoeffer eine einzigartige Unterstützung durch seine große christlich geprägte Familie erfahren, die sich – wie er – rückhaltlos gegen das verbrecherische nationalsozialistische System verschworen hatte. Entsprechend hoch war auch der Preis, den die Familie dafür leisten musste. Neben Dietrich wurden auch sein Bruder Klaus, seine Schwäger Hans von Dohnanyi und Rüdiger Schleicher von Hitlers Schergen hingerichtet. Seine Zwillingsschwester Sabine Leibholz, deren Mann aus einem jüdischen Haus stammte, musste mit ihrer Familie in die Emigration nach England fliehen.

Dem Autor ist mit dieser Biographie ein großer Wurf gelungen. Sie vermittelt uns nicht nur ein anschauliches, detailreiches Bild des Menschen Dietrich Bonhoeffer, sondern lehrt uns die deutsche Geschichte – gerade auch die Nachkriegsgeschichte mit den eindrucksvollen Darlegungen zur strafrechtlichen Aufarbeitung der Ermordung Bonhoeffers – besser zu verstehen.

*Harm Adam ist Rechtsanwalt in Göttingen
und Schriftführer des EAK-Landesvorstandes
Niedersachsen*

Vorankündigung

25. Wochenendseminar des EAK Niedersachsen

in der Heimvolkshochschule Hermannsburg vom 13. bis 15. Januar 2006

„Verantwortliche Politik unter dem „C“ im 21. Jahrhundert“ Zweigeteilte Welt – Vielgeteilte Gesellschaft – Zu viele Ausgaben oder zu wenig Einnahmen?

Mit: Ministerpräsident Christian Wulff MdL, Landesbischof Dr. Friedrich Weber, Wolfenbüttel, Finanzminister Hartmut Möllring MdL, Hartwig Fischer MdB, Oberlandeskirchenrätin Dr. Kerstin Gäfgen-Track, Hannover, JU-Landesvorsitzender Kristian Tangermann und Dr. Martin Müller, Hermannsburg

**Leitung: Hans Bookmeyer MdL und Jürgen Schneider, Heimvolkshochschule Hermannsburg
Anmeldungen unter Telefon: 05052 98990, Telefax: 05052 989955,
Preis 85,- Euro (Vollpension bei zwei Übernachtungen)**

Aus unserer Arbeit

Thomas Rachel neuer Parlamentarischer Staatssekretär im Bundesministerium für Bildung und Forschung

Der Bundesvorsitzende des Evangelischen Arbeitskreises der CDU/CSU (EAK), Thomas Rachel MdB, ist neuer Parlamentarischer Staatssekretär im Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF). Er wurde kürzlich von Bundesbildungsministerin Dr. Annette Schavan vereidigt und beschloss die Zeremonie mit den Worten „So wahr mir Gott helfe.“

Der seit 2003 amtierende EAK-Bundesvorsitzende ist der Überzeugung, dass das Ministerium für Bildung und Forschung für unser Land besonders bedeutsam ist, da es hier um die Zukunftschancen der jungen Generation und die künftige Wettbewerbsfähigkeit unserer Gesellschaft geht. Forschung und Innovation werden daher in der neuen Bundesregierung einen herausragenden Stellenwert einnehmen. Ihm sei „besonders wichtig, dass ethische Prinzipien und naturwissenschaftlicher Fortschritt weiterhin miteinander in Einklang gebracht werden“. Es sei für ihn eine große Ehre und Herausforderung, in diesem wichtigen Feld der Bildungs-, Wissenschafts- und Forschungspolitik Verantwortung zu übernehmen und in diesem Bereich für das Wohlergehen des Landes und seiner Menschen zu arbeiten.

Thomas Rachels besonderer Dank gilt den vielen Gratulanten: „Über die Fülle der Zuschriften und die vielen persönlichen Worte zu meiner Ernennung zum Parlamentarischen Staatssekretär im Bundesministerium für Bildung und Forschung habe ich mich sehr gefreut. Es ist eine Ermutigung für mich, bei der Übernahme meiner neuen Aufgabe in diesem Staat von soviel Sympathie



Thomas Rachel erhält die Ernennungsurkunde als Parlamentarischer Staatssekretär von Bundesbildungsministerin Dr. Annette Schavan.

und Vertrauen begleitet zu werden. Dies Vertrauen gibt mir Kraft und Zuversicht für die bevorstehenden Herausforderungen.“

EAK empfängt EKD-Synodale

Wie in den Jahren zuvor hatte der Evangelische Arbeitskreis der CDU/CSU (EAK) auch diesmal wieder in guter Tradition zu einem Empfang im Rahmen der Synode der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD) geladen, die in diesem Jahr unter dem Motto „Tolerant aus Glauben“ in Berlin zusammentraf.

Der Bundesvorsitzende des EAK, **Thomas Rachel**, begrüßte die über

200 geladenen Gäste, zu denen neben dem Ratsvorsitzenden der EKD, Bischof **Dr. Wolfgang Huber**, der Präses der Synode, **Barbara Rinke**, den Synodalen und den Bischöfen der einzelnen Gliedkirchen der EKD auch Bundestagspräsident **Dr. Norbert Lammert** und die designierte Bundesbildungsministerin, **Dr. Annette Schavan**, gehörten.

In seiner Ansprache sagte Rachel, dass sich im Thema der Synode „Tolerant aus Glauben“ ein Kennzeichen des evangelischen Freiheitsverständnisses widerspiegele, nämlich die eigene Standpunktfestigkeit und frohe Hoffnungsgewissheit mit einer weltoffenen Toleranz gegenüber jedermann verbinden zu kön-



von links: Thomas Rachel, Präs. Barbara Rinke, Bischof Dr. Wolfgang Huber

nen. Nur wer einen wirklichen Standpunkt habe und sich von einer glaubensgetragenen Gewissheit gehalten weiß, könne auch Toleranz üben.

Auch die gewandelte politische Situation gebe Anlass dazu, über Toleranz neu nachzudenken: Parteien, die bisher in Konkurrenz zueinander und eher gegeneinander agiert haben, müssten nun lernen, aufeinander zuzugehen und miteinander zu arbeiten. Die grundlegend neue politische Situation biete somit die Chance, dass sich die großen politischen und gesellschaftlichen Kräfte ein Stück aufeinander zu bewegen und gemeinsam die Zukunft des Landes gestalten. Diese Chance sollte man gemeinsam nutzen.

Toleranz dürfe jedoch nicht mit Standpunktbeliebigkeit verwechselt werden. Gerade im ethischen Bereich sei ein klarer Standpunkt wichtig. Der Ruf nach Zulassung der aktiven Sterbehilfe sei in den vergangenen Wochen verschiedentlich zu vernehmen gewesen. Eines müsse jedoch klar sein: Aktive Sterbehilfe, also die Tötung eines Menschen, als Antwort auf menschliches Leid am Lebensende dürfe es für Christen niemals geben. Alles andere wäre ein falsches Verständnis von Toleranz. In der Frage des menschenwür-

digen Sterbens könne es auf der Basis des christlich geprägten Menschenbildes keine Beliebigkeit geben. Die Antwort der Union sei hier vielmehr Respekt, professionelle Hilfe durch Palliativmedizin und den Ausbau des Hospizwesens.

Anschließend lud der EAK-Bundesvorsitzende alle Gäste zu einem Stehempfang ein, bei dem das Gespräch bis in die späten Abendstunden bei einem Glas Wein, Bier oder Saft fortgesetzt wurde.

EAK-Landestagung Baden-Württemberg

„Menschenwürde – Leerformel oder Leitbild?“

„Das christliche Menschenbild ist der Humus der europäischen Werte“, betonte Ministerpräsident **Günther H. Oettinger** während der diesjährigen Landestagung des EAK-Baden-Württemberg in Freiburg. Oettinger unterstrich, dass an der Vorrangstellung der Achtung der Menschenwürde im ersten Artikel des Grundgesetzes nicht gerüttelt werden dürfe. Konkrete Bausteine für die politische Ausgestaltung der Menschenrechte seien die Rechtsstaatlichkeit, das Demokratieangebot, ein leistungsstarker Sozialstaat sowie die Sicherung der Subsidiarität in einem Gemeinwesen. Verantwortliche Politik dürfe an den Grenzen Deutschlands nicht stehen bleiben. Weltweit seien die Menschenrechte einzufordern. Es müsse auch sichergestellt sein, dass diese Grundhaltung über die Generationen weitergegeben werde. Eine große Rolle spiele dabei auch die Erziehung der Kinder. Oettinger sprach sich deshalb für eine flächendeckende und bedarfsorientierte Ganztagesbetreuung von Kindern und Ju-



von links: Dekan Franz Doleschal, Hans-Michael Bender, Ministerpräsident Günther H. Oettinger, Peter Schuster und Christian Nienhaus

gendlichen in Schulen des Landes aus. Nur so könne gewährleistet werden, dass alle jungen Menschen unabhängig von deren sozialem Hintergrund eine Chance in unserer Gesellschaft haben.

In einem weiteren Hauptvortrag referierte der Heidelberger Ordinarius der theologischen Fakultät, **Prof. Dr. Wilfried Härle** zu „Menschenwürde – zentrales Element des christlichen Menschenbildes“. Für Härle stellt die Menschenwürde insbesondere im reformatorischen Verständnis der Rechtfertigung ein von Gott allen Menschen zugesprochenes und nicht verdientes Gut dar. Verletzungen der Menschenwürde würden sich in Form folgender Facetten zeigen:

- Reduzierung des Menschen als bloßes Objekt und Mittel zum Zweck (z. B. verbrauchende Embryonenforschung);
- Fremdbestimmung des Menschen ohne Willensäußerung (z.B. Sterbehilfe);
- Zwangsmaßnahmen und Bloßstellung (z. B. Folter);
- Diskriminierung durch Ungleichheit.

Die Würde eines Menschen beinhaltet den Anspruch auf dessen Achtung, so Härle. Dieser Anspruch könne nicht genommen werden, weil er „von Gott gegeben ist“. Kein Mensch sei davon ausgenommen unabhängig von seinem Alter und seinem Gesundheitszustand. Menschsein beginne mit der Befruchtung der Eizelle und ende mit dem Tod. Kein Entwicklungsstadium in der pränatalen Phase stehe nicht unter dem Schutz des Grundgesetzes. Im Gegensatz zu dem australischen Philosophen und Ethiker Peter Singer betonte Härle, dass der Zuspruch der Menschenwürde nicht verfügbar sei. Andernfalls könne die Universalität der Menschenwürde nicht mehr eingefordert werden. Die Entdeckung der Menschenwürde sei vielmehr der wertvollste Bestandteil unseres religiös-philosophischen Erbes, das im christlichen Menschenbild fußt. Dieses müsse Leitbild für eine Politik aus christlicher Verantwortung bleiben.



Volkmar Klein MdL, Landesvorsitzender des EAK NRW

Hans-Michael Bender erläuterte als EAK-Landesvorsitzender, dass der EAK in Baden-Württemberg das Thema Menschenwürde als Schwerpunktthema bewusst gewählt habe. Ein von **Apostolos Milionis** und Oberkirchenrat i.R. **Klaus Baschang** erarbeitetes Initialpapier¹ soll als Grundlage für eine breite parteioffene Diskussion innerhalb der EAK-Kreisverbänden dienen, die in ein Grundsatzpapier münden soll, das allen Gliederungen der CDU im nächsten Jahr zur Verfügung gestellt werden soll. Damit wolle der EAK einen Beitrag leisten, „neues Bewusstsein für das C in der Union zu schaffen, neues Bewusstsein über das christliche Menschenbild, das durch die Würde der Person geprägt und die in Gott verankert ist“. Als besondere Gäste während der Landestagung konnten **Dr. Klaus Schüle** MdL, **Jo Krummacher** MdB, EAK-Bundesgeschäftsführer **Christian Meißner**, EAK-Kreisvorsitzender **Christian Nienhaus** sowie Pfarrerin **Ute Niethammer** und Prälat **Dr. Helmut Barié** begrüßt werden, der in der Friedenskirche im Rahmen der Veranstaltung den Gottesdienst hielt.

¹ Das Initialpapier kann bei der Landesgeschäftsstelle der CDU angefordert werden.

Landesversammlung des EAK NRW

150 „Mitglieder im Christenclub“

Die „Zukunft des Protestantismus“ stand ganz im Mittelpunkt der 19. Landesdelegiertenversammlung des Evangelischen Arbeitskreises der CDU Nordrhein-Westfalen in der Dortmunder Melancthon-Gemeinde. Als Hauptredner der Tagung konnte EAK-Landesvorsitzender **Volkmar Klein** MdL den Präses der Evangelischen Kirche von Westfalen, **Alfred Buß**, begrüßen. Buß betonte die Vielgestaltigkeit der Evangelischen Kirche, die kirchliches Tun nicht immer leicht macht und auch das Bild nach außen oftmals verschwimmen lässt. Er schätzte diese Vielgestaltigkeit aber auch als Erkennungsmerkmal und als Tugend der Evangelischen Kirche. Buß: „Es stünde der Evangelischen Kirche gut an, nicht immer wieder in merkwürdiger Selbstdistanzierung so aufzutreten, als sei es ihr Kennzeichen, verliebt zu sein in eigenes Scheitern, sondern des Zusammenhangs von Glaubensgewissheit und Freiheit und damit auch Vielheit und Buntheit selbstbewusst zu bekennen.“ Buß bezeichnete mit Bezug auf Bischof Hubers „Ökumene der

Profile“ die „Freiheit eines Christenmenschen, die Freiheit aus Bindung, sich nur vor Gott, jedoch vor keinem Menschen zu beugen“ als das evangelische Profil der Zukunft. „Dabei kann es in der Kirche gar nicht vielfältig und bunt genug zugehen“, so Buß.

Eine inspirierende und optimistische Rede zur „Zukunft des Protestantismus“, für die Landesvorsitzender Volkmar Klein MdL dankte. Passend zum Thema der Tagung überreichte Klein Präses Buß und dem Gastgeber in der Melancthon-Gemeinde, Pfarrer **Neumann**, einen Weinstock. Klein: „Wurzeln schlagen soll dieser Weinstock, so wie die Kirche nur mit gesunden Wurzeln in der Gesellschaft zukunftsfähig ist.“ Buß machte sich dann auch direkt Gedanken über den Standort des Weinstockes, der im Präsesgarten einen Ehrenplatz erhalten wird.

Nicht nur mit dem spannenden Vortrag des Präses konnte der EAK-Landesvorsitzende zufrieden sein, erfreulich war auch sein Wahlergebnis bei den anschließenden Vorstandswahlen. 99% der über 100 Delegierten stimmten für ihn. Zu Stellvertretenden Landesvorsitzenden wurden gewählt: **Henning Aretz, Wilhelm Beckmann, Günter Krings** MdB, **Elke Middendorf** und **Jutta Reißland. Silke Gorißen**



Bischof Dr. Christoph Kähler

Mulder rückte als Schriftführerin in den Geschäftsführenden Vorstand auf.

EAK-Landesverband Thüringen im Gespräch mit Landesbischof Dr. Christoph Kähler

Christlich begründete Werte als Beitrag zur geistigen Erneuerung

Dem Beitrag der Kirche zur geistigen Erneuerung war ein Themenabend gewidmet, zu dem der EAK-

Landesverband Thüringen und der Eisenacher Georgs-Club in die Wartburgstadt eingeladen hatten. Der Landesbischof der Evangelisch-Lutherischen Kirche in Thüringen, **Dr. Christoph Kähler**, verwies als Referent des Abends auf politisch maßgebliche Werte, die sich aus dem Protestantismus ableiten ließen. Neben der Unantastbarkeit der Menschenwürde nannte er die im Erbarmen Gottes mit den Gottlosen und Fehlgeleiteten wurzelnde Toleranz, den Zusammenhang von Freiheit und Verantwortung und

Jetzt schon vormerken!

43. Bundestagung des EAK der CDU/CSU am 10. Juni in Saarbrücken „Wahrheit und Wahrhaftigkeit in der Politik und in den Medien“

**Mit Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel MdB
und dem Ministerpräsidenten des Saarlandes, Peter Müller MdL**



Teilnehmer der Arbeitstagung des EAK Niedersachsen in Loccum

die Nächstenliebe, die im Kern ein Perspektivwechsel in die Lage des Schwächeren und Unterlegenen fordere.

Nach den Worten Kählers gibt es zahlreiche Felder, in denen sich diese christlich begründbaren Werte zu bewähren haben. Beispielhaft verwies er auf die Forderung nach Beteiligungsgerechtigkeit angesichts der hohen Arbeitslosigkeit. Dies bedeute, möglichst viele zu beteiligen und möglichst wenige auszugrenzen. Auch die Diskussion über und mit dem Islam stellt seiner Meinung nach eine derartige Herausforderung dar.

Insgesamt blickt der thüringische Landesbischof nicht ohne Zuversicht auf die Möglichkeiten von Kirche und Christen, sich Gehör zu verschaffen. Es sei eine „Respiritualisierung“ zu beobachten und die Frage nach Sinn und Zukunft werde häufiger gestellt. In Thüringen äußere sich dies unter anderem durch eine hohe Wertschätzung des Religionsunterrichts bei Eltern und Schülern.

Landesarbeitskreis Niedersachsen in Loccumer Klausur

Der niedersächsische EAK-Landesvorstand mit den Delegierten und Kreisvorsitzenden hatte sich zu einer Arbeitstagung unter der Leitung des Landesvorsitzenden **Hans Bookmeyer** MdL in die Ev. Heimvolkshochschule Loccum zurückgezogen. 25 Teilnehmer stellten sich den Fragen, was erwartet einerseits unsere Partei von uns und andererseits, welches sind die Erwartungen der Kirche an die CDU und vor allem an den EAK. Mit Erfahrungsberichten aus den Kreisverbänden begann das Wochenende.

Superintendent **Eckard Siggelkow** vom Diakonischen Werk stellte in einem Grundsatzreferat das ganze Spektrum der Anforderungen der Kirche und des freiheitlichen Rechtsstaates für das politische Handeln in den Raum. Das ließ die Teilnehmer fragen, ob sie in den EAK-Gliederungen den berechtigten Ansprüchen der Partner immer gewachsen sind.

CDU-Generalsekretär **Friedrich-Otto Ripke** bot dem EAK die organisatorische und finanzielle Unterstützung des Landesverbandes an. Er forderte den EAK auf, auch den schwierigen Themen wie Islam, Sterbehilfe, Leitkultur usw. nicht auszuweichen und zu den Kommunalwahlen eines der Sachforen zu übernehmen.

An der EAK-Klausur nahm auch Bundesgeschäftsführer **Christian Meißner** teil. Er stellte die neue Geschäftsausstattung vor und hob besonders den Wert der Internetpräsenz für die Außenwirkung des EAK hervor. „Der EAK macht gute Arbeit, darum sollten wir uns auch offensiver und selbstbewusster darstellen und uns um eine intensive Lobbyarbeit bemühen“, so Meißner.

Zudem würdigte der Landesvorstand des Evangelischen Arbeitskreises der CDU in Niedersachsen auf seiner Klausurtagung die Aktivitäten der evangelischen Kirchen und der Schulen zum Reformationstag. Mit medienwirksamen Aktionen und Arbeitshilfen wie „Hallo Luther“ oder

„Luther-Bonbon“ konnte erfolgreicher als in vergangenen Jahren auf den Reformationstag aufmerksam gemacht werden. Auch die im Sommer von der CDU-FDP-Mehrheit im niedersächsischen Landtag verabschiedete Novelle des Feiertagsgesetzes hat nach Auffassung des EAK am Reformationstag ihre Bewährungsprobe bestanden, erklärte EAK-Landesvorsitzender Hans Bookmeyer. Mit der Neufassung des Feiertagsgesetzes und des entsprechenden Erlasses des Kultusministeriums wird der Reformationstag für alle Schülerinnen und Schüler zum regulären Schultag mit besonderen Angeboten. Für die evangelischen und alle anderen interessierten Schülerinnen und Schülern sollen

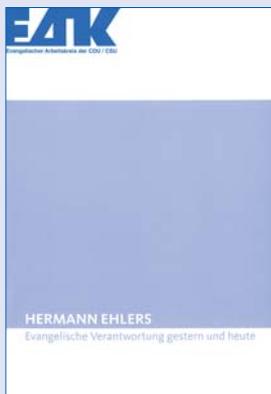
laut Erlass an diesem Tag in Kooperation mit den Kirchengemeinden oder schulintern Gottesdienste, Vorführungen, Unterrichtsprojekte oder andere schulische Aktivitäten angeboten werden, durch die das Anliegen des Reformationstages vermittelt werden kann. Die gleiche Regelung gilt auch für den Bußtag und einige katholische Feiertage. Das Land entspricht mit dieser neuen Regelung dem Wunsch der Kirchen, die Bedeutung der Feiertage einer größeren Schülerzahl zu vermitteln. Zugleich wird die von der SPD eingeführte Ungleichbehandlung beseitigt, nach der evangelische Schüler am Reformationstag schulfrei hatten, während für die Lehrer Minusstunden angesammelt wurden, wenn

sie ihren Fachunterricht wegen der am Reformationstag fehlenden Schüler nicht erteilen konnten.

Nachdem der Ertrag der Arbeit in drei Arbeitsgruppen ins Plenum eingebracht war, konnte der Landesvorsitzende in seinem Resümé einen ganzen Katalog von Aufgaben für das kommende Jahr präsentieren. Das reichte von der Verstärkung der Zusammenarbeit mit anderen Vereinigungen der CDU über Hilfestellungen zum Aufbau neuer Kreis- und Bezirksverbände bis zur Gewinnung qualifizierter Frauen und Männer zur stärkeren inhaltlichen Profilierung.

„Wiederholung nicht ausgeschlossen“ – war das einstimmige Echo der Teilnehmer auf die Frage „Wie war es in Loccum?“

Das Buch zum Hermann-Ehlers-Jahr!



Mit Beiträgen von Angela Merkel, Wolfgang Schäuble, Bischof Peter Krug, Christian Wulff, Thomas Rachel, Richard von Weizsäcker und vielen anderen mehr.

**Zum Preis von 9,80 Euro
(inkl. Porto- und Versandkosten).
ISBN 3-00-016340-9**

**Zu beziehen über: Bundesgeschäftsstelle des Evangelischen Arbeitskreises der CDU/CSU (EAK), Klingelhöferstraße 8, 10785 Berlin,
Telefon: 030 22070-432, Telefax: 030 22070-436, E-Mail: eak@cdu.de**

Unsere Autoren:

Landesbischof
Dr. Ulrich Fischer
Blumenstraße 1-7
76133 Karlsruhe

Dr. Rainer Glagow
Hanns-Seidel-Stiftung
Verbindungsstelle Berlin
Bruno-Möhring-Straße 3
12277 Berlin

Harm Adam
Osterberg 16
37120 Bovenden

Thomas Rachel, Dr. Ingo Friedrich, Gustav Isernhagen, Karin Wolff, Dieter Hackler, Christine Lieberknecht · Redaktion: Melanie Liebscher, Christian Meißner (V.i.S.d.P.) · Klingelhöferstraße 8, 10785 Berlin, Tel.: 030-22070-432, Fax: 030-22070-436, E-Mail: eak@cdu.de, www.eak-cdu.de · Konto: Commerzbank Berlin, BLZ 100 400 00 Konto-Nr.: 266 098 300 · Druck: Union Betriebs-GmbH, Egermannstraße 2, 53359 Rheinbach · Nachdruck – auch auszugsweise – nur mit Genehmigung der Redaktion und mit Quellenangabe kostenlos gestattet – Belegexemplar erbeten · Namentlich gekennzeichnete Beiträge stellen die Meinung des Verfassers dar, nicht unbedingt die der Redaktion oder Herausgeber · Papier: 100 % chlorfrei.

Adressänderungen bitte immer an die Redaktion!

Liebe Leserin, lieber Leser,

das Spendenaufkommen in diesem Jahr betrug insgesamt 24 412,28 EUR (Stand: Dezember 2005). Im Namen des gesamten Evangelischen Arbeitskreises der CDU/CSU und im Namen unseres Bundesvorsitzenden Thomas Rachel möchte ich Ihnen dafür von ganzem Herzen danken. Ohne Ihre finanzielle Hilfe würden wir in der Situation knapper werdender Mittel nicht in der Weise – inner- wie außerparteilich – in Erscheinung treten können, wie uns das auch im zurückliegenden Jahr wieder gelungen ist. Es ist einmal mehr auch Ihr ganz persönliches Verdienst, wenn der EAK als wichtige Stimme des politischen Protestantismus in unserem Land in überzeugender Weise vernehmbar wird.

Auch im neuen Jahr möchten wir mit einer klaren programmatischen Arbeit überzeugen. Mit dem Vertrauen und der Unterstützung, die Sie uns immer wieder so großzügig zukommen lassen, sind Sie uns dabei ein starker Rückhalt. Bitte unterstützen Sie uns auch weiterhin und bleiben Sie uns gewogen.

In der Weihnachtszeit kann uns wieder einmal bewusst werden, wie sehr diese gefallene und zerrissene Welt an allen „Ecken und Enden“ die frohe und hoffnungsvolle Botschaft des göttlichen Kindes nötig hat, das mitten unter uns Wohnung genommen hat. Gott selbst kommt zu uns, um uns „im finstern Lande“ den Weg zu weisen. Ich wünsche Ihnen und Ihren Familien und Angehörigen besinnliche, liebe- und friedvolle Tage und hoffe, dass sie sich von der Botschaft des wahren Friedefürsten, dessen Herrschaft kein Ende haben wird, aufs Neue anrühren und inspirieren lassen können, um gestärkt und zuversichtlich dem entgegen zu sehen, was Gott uns im nächsten Jahr zuteil werden lässt.

Gesegnete Weihnachten und ein gutes neues Jahr 2006 wünscht Ihnen in Dankbarkeit und Verbundenheit

Ihr



Christian Meißner
(Bundesgeschäftsführer des EAK der CDU/CSU)

Überweisungsauftrag/Zahlschein

Name und Sitz des überweisenden Kreditinstituts

Bankleitzahl

Empfänger: Name, Vorname/Firma (max. 27 Stellen)

E v a n g e l i s c h e r A r b e i t s k r e i s

Konto-Nr. des Empfängers

2 6 6 0 9 8 3 0 0

Bankleitzahl

1 0 0 4 0 0 0 0

bei (Kreditinstitut)

C o m m e r z b a n k B e r l i n

EUR

Betrag: Euro, Cent

Kunden-Referenznummer – noch Verwendungszweck, ggf. Name und Anschrift des Auftraggebers – (nur für Empfänger)

noch Verwendungszweck (insgesamt max. 2 Zeilen á 27 Stellen)

Kontoinhaber/Einzahler: Name (max. 27 Stellen, keine Straßen- oder Postfachangaben)

Konto-Nr. des Kontoinhabers

18

Den Vordruck bitte nicht beschädigen, knicken, bestempeln oder beschmutzen.

Konto-Nr. des Kontoinhabers

Beleg/Quittung für den Kontoinhaber

Empfänger

Evangelischer Arbeitskreis der CDU/CSU

Konto-Nr. _____ bei _____

266098300 10040000

EUR

Kontoinhaber/Einzahler

(Empfangsbestätigung der annehmenden Kasse/Bank)